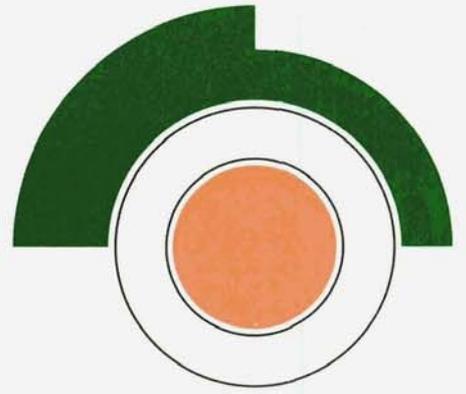


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 22



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 23. 12. 1994

WORT UND WIDERWORT

Verhindert Garzweiler II den Einsatz regenerativer Energien?

Die Antwort auf die Frage, ob Garzweiler II den Einsatz regenerativer Energien verhindere, heiße klar und deutlich Nein. Einen Gegensatz oder eine gegenseitige Behinderung des Einsatzes regenerativer Energien durch die Verstromung von Braunkohle gebe es nicht, weil sie völlig verschiedene Bereiche des Energiemarktes abdeckten. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Bodo Hombach**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betont, bei einem Verzicht auf den Aufschluß des Tagebaus Garzweiler II würden regenerative Energien weder unter energiepolitischen noch unter ökologischen Gesichtspunkten als Alternative in Frage kommen. Es gehe bei der Frage zwischen Garzweiler II und regenerativen Energien nicht um ein „entweder oder“, sondern um ein „sowohl als auch“. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** stellt fest, wenn man den Anteil der regenerativen Energien erhöhen wolle, bedeute dies gleichzeitig ein Reduktion anderer Energieträger wie beispielsweise der Braunkohle. Es sei daher durchaus vorstellbar, Garzweiler II zu reduzieren. Das wäre letztlich auch eine sinnvolle Aufgabe für RWE und Rheinbraun. Der GRÜNE-Abgeordnete **Gerd Mai** unterstreicht, mit Garzweiler II werde die Chance verpaßt, die Weichen für eine ökologische Energiepolitik zu stellen. Untersuchungen bestätigten, daß Investitionen in Energiesparmaßnahmen, Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung sowie in Aggregate zur Nutzung regenerativer Energien weitaus mehr und zukunftssicherere Arbeitsplätze schafften als der Braunkohlenbagger. (Seite 2)

CDU mahnt weitere Gespräche zum Energiekonsens an „Kooperation in Sachen Kohle fortsetzen“

In einem Beschluß hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vor kurzem den „Kohlepfennig“ für verfassungswidrig erklärt. ber die Konsequenzen dieser Entscheidung hat die SPD-Fraktion für den 16. Dezember eine Aktuelle Stunde beantragt.

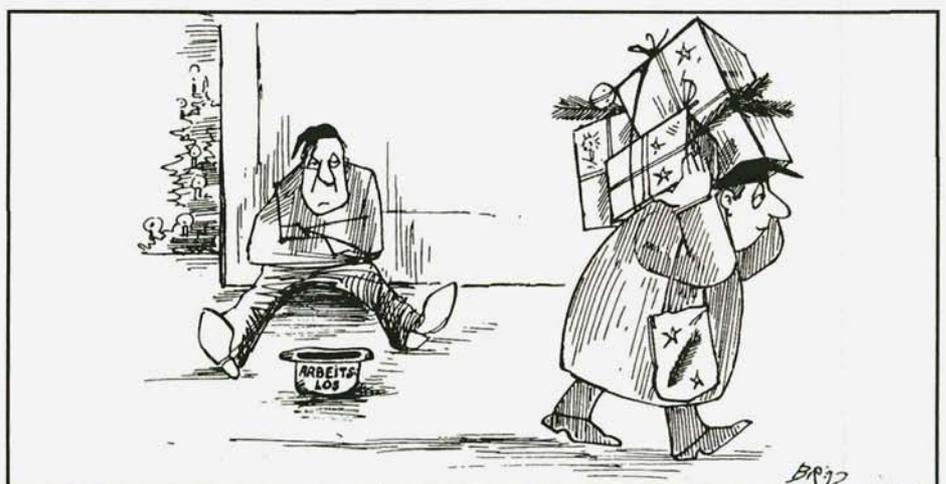
Als Sprecher der SPD-Fraktion warnte Bodo Hombach davor, die Gelegenheit zu einer Diskussion über den Abbau von Kohlesubventionen zu nutzen. Die Freunde der Steinkohle in allen Fraktionen des Landtags sollten die Kooperation fortsetzen, „sonst lcht der Dritte“.

Nur im Rahmen von Energiekonsensgesprchen über den künftigen „Energimix“ sehe die CDU-Landtagsfraktion Chancen zur Lösung der Kohleproblematik, entgegnete Laurenz Meyer (CDU). Dabei sei ein Ausgleich der unterschiedlichen Interessen der Bundesländer wichtig.

Eine allgemeine Energiesteuer auf Kohle, Gas, Erdöl und Kernkraft bei der Erzeugung von Strom sei zur Finanzierung der „Energiewende“, zur Energieeinsparung und zur Deckung der Folgekosten notwendig, erklärte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Manfred Busch.

Auf seiten der F.D.P.-Fraktion setzte sich Hagen Tschoeltsch für einen Abbau der Kohlesubventionen zugunsten von Bildung, Aus-

bildung, Wissenschaft und Forschung ein. Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) schließlich meinte, der BVG-Beschluß gebe Bundesregierung und Parlamenten nur auf, „ein Jahr schneller arbeiten zu müssen als verabredet“. Bevor man sich auf die „Fata Morgana von Konsensgesprchen“ einlasse, sollte darauf bestanden werden, daß die Gesetze eingehalten werden.



„Jetzt kommen die christlichen Tage“

Die Woche im Landtag

Haushalt

Der Landtag hat in zweiter und dritter Lesung den Haushalt 1995 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz verabschiedet. (Seiten 3 und 6)

Notare

Im Rechtsausschuß wurde die Frage errt, ob Sozietäten mit mehr als zwei Notaren zugelassen werden können. (Seite 12)

Wahlkreise

Für die übernächste Landtagswahl im Jahr 2000 soll eine weitgehende Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise erfolgen. (Seite 13)

Dioxin

Eine Studie sollte Anwohnern der Hoesch-Sinteranlage in Dortmund-Scharnhorst die Sicherheit vermitteln, daß bei ihnen Dioxinimmissionen geprüft würden. (Seite 14)

Demonstration

In Erwartung von 3000 gewaltbereiten Autonomen hat der Polizeipräsident in Essen eine Demonstration gegen den EU-Gipfel verboten. (Seite 18)

Rückblick

Das Jahr 1994 war von zahlreichen Wahlterminen bestimmt. Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt rief daher die Politiker auch mit Blick auf die Landtagswahl 1995 zu Fairneß auf. (Seiten 20 und 21)

WORT UND WIDERWORT

Regenerative Energien als Teil des Energiemarktes

Von
Bodo Hombach

Die Antwort auf die Frage heißt klar und deutlich: Nein! Die ökologische und ökonomische Erneuerung Nordrhein-Westfalens ist das zentrale Anliegen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Die Energiepolitik nimmt hierbei eine wichtige Rolle im Energieland NRW ein. Sparsamkeit im Umgang, Verbesserung der Energieeffizienz und rationelle Energieverwendung haben seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert.

Die SPD stellt sich bei der Entscheidung über das Braunkohlevorhaben Garzweiler II ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verantwortung. Zum einen benötigt die Wirtschaft einen kostengünstigen, heimischen Energieträger. Zum anderen müssen die ökologischen und klimatischen Beeinträchtigungen aus der Energieerzeugung reduziert werden. Damit erteilt die SPD der Kernenergie eine klare Absage, weil die Risiken unkalkulierbar sind und die Akzeptanz

Von
Laurenz Meyer

Verhindert Garzweiler II den Einsatz regenerativer Energien? Die Antwort lautet eindeutig nein. Ein kurzer Blick auf die Fakten belegt, daß die Braunkohle und regenerative Energieträger nicht miteinander konkurrieren. Der Anteil der rheinischen Braunkohle an der Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen betrug in den letzten Jahren konstant 40 Prozent. Der Stromerzeugungsanteil regenerativer Energiequellen beträgt hingegen ca. 3 Prozent, die zu rund 95 Prozent aus Wasserkraftwerken bereitgestellt wurden. Bei einem Verzicht auf den Aufschluß des Tagebaus Garzweiler II würden regenerative Energien weder unter energiepolitischen noch unter ökologischen Gesichtspunkten als Alternative in Betracht kommen. Eine Studie der Landesinitiative AG Solar belegt, daß der Anteil der Energieerzeugung beispielsweise aus Windkraftanlagen, ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Machbarkeit, in Nord-

Von
Hans-Joachim Kuhl

Umweltschutz und Umweltpolitik beginnen vor der eigenen Haustüre. Das gilt gerade auch für die großen globalen Herausforderungen wie beispielsweise die drohende Klimakatastrophe. Wer es sich leistet, geduldig auf wirksame weltweite Vereinbarungen zu setzen, wird vermutlich bis zum Sankt-Nimmerleinstag warten.

Deshalb ist die Fragestellung eigentlich verkehrt, und sie müßte lauten: „Wie erreichen wir schnellstmöglich eine Minderung klimarelevanter Gase?“

Unser Primärenergieverbrauch ist derzeit zu etwa 15 Prozent durch die Braunkohle beeinflusst. Damit ist dieser Energieträger ein fester Bestandteil des Energiemixes der Bundesrepublik. In diesen Energiemix eingebettet sind Braunkohle, Steinkohle, Erdgas, Öl, Atomenergie und regenerative Energien. Die regenerativen Energien nehmen allerdings bundesweit nur einen Anteil von rund fünf Prozent ein.

Von
Gerd Mai

Verhindert Garzweiler II den Einsatz regenerativer Energien?

Ja. Die jüngsten vertraglichen Vereinbarungen der SPD-Landesregierung mit der RWE Energie AG und der Rheinbraun sehen mit der Genehmigung von Garzweiler II den Neubau von sieben Braunkohlengroßkraftwerken bis ins Jahr 2030 vor, mit Laufzeiten von rund 40 Jahren. Deshalb werden mit diesem neuen Jahrhundertvertrag in Sachen Braunkohlenabbau und -verstromung die derzeitigen ineffizienten Energieversorgungsstrukturen für mehr als ein halbes Jahrhundert festgeschrieben, und damit die hohe CO₂-Produktion.

In den USA wird der Bau von Kraftwerken dadurch überflüssig gemacht, daß die Energiedienstleistungsunternehmen für Investitionen privater Unternehmen oder Haushalte in energiesparende Maschinen und Aggregate Zuschüsse oder Darlehen gewähren. Aber auch bei den erneuerbaren Energien sind die USA wie auch Japan dabei, uns zu überholen und die Märkte der Zukunft zu erobern.

SPD: Kein Gegensatz zwischen Kohle und regenerativen Energien

in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Das heißt aber, daß wir in der Grundlast auf die Stromerzeugung aus Braunkohle angewiesen sind. Dabei setzen wir auf die jeweils modernste verfügbare Kraftwerkstechnologie, damit durch eine effiziente Energieproduktion die ökologischen und klimatischen Folgen minimiert werden können.

Die Braun- und Steinkohle wird ergänzt durch den Einsatz und die weitere Förderung der regenerativen Energien und der rationalen Energienutzung. In NRW wurden mit rund 160 Millionen Mark 13 000 Vorhaben der regenerativen Energien bezuschußt und damit ein Investitionsvolumen von 750 Millionen Mark angestoßen. Ein Gegensatz oder eine gegenseitige Behinderung des Einsatzes regenerativer Energien durch die Verstromung von Braunkohle gibt es nicht, weil sie völlig unterschiedliche Bereiche des Energiemarktes abdecken. Die SPD hat vielfältige Maßnahmen zur Förderung der regenerativen Energien und der rationalen Energienutzung angestoßen. Hierbei ist NRW Vorbild für andere Länder. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen.

CDU: Erneuerbare Energien stärker fördern

rhein-Westfalen von derzeit 0,0014 Prozent auf maximal 0,1 Prozent, gesteigert werden könnte. Unabhängig hiervon müssen erneuerbare Energien noch stärker gefördert werden, um eine breitere Markteinführung zu ermöglichen. Dies steht jedoch in keinem Zusammenhang mit der Entscheidung über den geplanten Braunkohlentagebau Garzweiler II.

Darüber hinaus ergeben sich durch die notwendigen Wirkungsgradverbesserungen bei der Braunkohlenverstromung erheblich größere CO₂-Einsparungsmöglichkeiten als dies durch den Ausbau regenerativer Energiequellen möglich wäre. Diese Beispiele zeigen, daß man die jeweiligen Vor- und Nachteile einzelner Energieträger sehr genau abwägen muß. Eine bestmögliche Risikominimierung ergibt sich aus einer möglichst breiten Diversifikation, die nur durch den gegenwärtigen Energiemix in Deutschland zu gewährleisten ist.

Es geht bei der Frage zwischen Garzweiler II und regenerativen Energien nicht um ein „entweder oder“, sondern um ein „sowohl als auch“.

F.D.P.: Forschungsmittel für erneuerbare Energien

In Anbetracht des zunehmenden Handlungsbedarfes der Umweltpolitik ist es deshalb dringend notwendig, die regenerativen Energien weiter zu entwickeln, effizienter einzusetzen und kostengünstiger als bisher zu gestalten.

Zu den regenerativen Energien gehören Wasserkraft, Erdwärme, Solarenergie und Windenergie. Alle vier Bereiche sind für die Stromerzeugung nutzbar. Wenn wir den Anteil dieser Energien erhöhen wollen, bedeutet dies gleichzeitig eine Reduktion anderer Energieträger wie beispielsweise der Braunkohle. Es wäre aus meiner Sicht daher durchaus vorstellbar, Garzweiler II zu reduzieren und die dann ausfallenden Braunkohleenergiepotentiale durch regenerative Energien zu ersetzen. Das wäre letztendlich auch eine sinnvolle Aufgabe für das RWE bzw. für Rheinbraun.

Dies heißt aber auch, daß verstärkt Forschungsmittel in erneuerbare Energien fließen müssen. Dies bedeutet weiter, daß durch den Umbau unseres Steuersystems in ein ökologisches Steuersystem Anreize zur erhöhten Nutzung erneuerbarer Energien gesetzt werden.

GRÜNE: Solarzeitalter hat längst begonnen

Sozialdemokrat Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker empfahl der Landesregierung denn auch kürzlich: „Wir sollten kein neues Geld mehr in Dinosaurier stecken“. NRW legt sich mit Garzweiler II auf die Nutzung des „klimaschädlichsten Energieträgers“ langfristig fest, urteilt Professor Meyer-Abich (SPD), Mitglied der Klimaschutz-Enquete-Kommission. Und selbst Christoph Zöpel, stellvertretender Landesvorsitzender der NRW-SPD, bekannte: „Garzweiler II ist ein Anachronismus“. Mit diesem Jahrhundertprojekt wird auch die Chance verpaßt, heute die Weichen für eine ressourcenschonende, ökologische Energiepolitik zu stellen, die die Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft auch für die Zukunft sichern kann. Denn eines bestätigen alle Untersuchungen: Die Investitionen in Energiesparmaßnahmen, in Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, in den Nah- und Fernwärmeausbau sowie in Aggregate zur Nutzung regenerativer Energien schaffen weitaus mehr und zukunftssicherere Arbeitsplätze als der Braunkohlenbagger oder das Megakraftwerk. Das Solarzeitalter mit der Nutzung von Wind, Sonne, Wasser und Biomasse hat längst begonnen - die SPD in NRW ist dabei, den Anschluß zu verpassen.

Über zweiter Lesung des Haushalts 1995 stand der Zwang zum Sparen

Von Schulbildung bis zur inneren Sicherheit wurde trotz Kritik die Suche nach neuen Wegen deutlich

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 14. und 15. Dezember den Haushaltsentwurf für das Jahr 1995 in zweiter Lesung beraten. Beginnend mit dem Kultusministerium beriet das Parlament alle Ressorteinzelpläne bis hin zum Finanzministerium und der allgemeinen Finanzverwaltung. Durchgängig bestimmte die angespannte Finanzlage die einzelnen Themenblöcke. Es wurden aber auch positive Zeichen gesetzt, etwa für die Bildungsreform. Grundlage der Aussprache über mehrere Stunden an beiden Tagen waren das Haushaltsgesetz 1995 sowie das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs zur finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag 1995, beide im Entwurf der Landesregierung. Zu Beginn machte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe darauf aufmerksam, die Landesregierung habe eine zweite Ergänzung zum Haushaltsplan 1995 vorgelegt, mit der die Steuerergebnisse korrigiert würden. Sie wies ferner darauf hin, daß 41 Änderungsanträge gestellt worden seien. Der Haushalt 1995 soll einschließlich der zweiten Ergänzung nach den Plänen von Finanzminister Heinz Schluößer (SPD) 85,8 Millionen Mark betragen. Das sind ein Prozent mehr als 1994.

Die zweite Lesung begann mit einer schulpolitischen Auseinandersetzung. Sie erhielt eine freundliche Note, als Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose den F.D.P.-Abgeordneten Dr. Andreas Reichel aufrief. „Ich habe gelesen, daß Sie zum Doktor der Rechtswissenschaften in Köln promoviert worden sind. Es ist ungewöhnlich, daß ein Abgeordneter das neben seiner Tätigkeit hier noch schafft. Ich gratuliere Ihnen herzlich dazu“, schloß Klose, an Reichel gewandt.

Norbert Giltjes (CDU) erklärte, im wesentlichen gehe es um die Frage, welchen Stellenwert das Land der Zukunftssicherung zuschreibe, welche Priorität die Landesregierung Kindern und Jugendlichen und damit ihrer Entwicklung, kreativen Förderung und Ausbildung in diesem Lande einräume. Wenn man sich die Lage nüchtern ansehe, müsse man sagen: Die Landesregierung suche immer noch nach diesen neuen Wegen: denn nach dem Kienbaum-Gutachten fehlten in NRW 16000 Lehrer und trotz aller Flickschusterei, die mehr Gesundrechnen als Grundsicherung gewesen sei, brauche man dennoch bei ständig steigenden Schülerzahlen bis zum Jahre 2004 über 20000 Lehrer zusätzlich. Der Finanzminister mache durch rigides Haushaltsgebaren deutlich: NRW könne sich Bildung nicht mehr leisten.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) wies auf Korrekturen hin, indem die SPD klargestellt habe, daß für die Grundschulen und Sonderschulen die von der Landesregierung vorgesehenen niedrigen Stellenreserven nicht akzeptabel und höhere gerechtfertigt seien. Wert lege man auch darauf, daß der integrierte und gemeinsame Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler weiterentwickelt werde und daß auch dort keine Einschränkungen erfolgten. Das ändere nichts daran, daß man sich mit Schwierigkeiten beschäftigen müsse. Man habe aus der Debatte über die Kienbaum-Konsequenzen noch eine Lücke von 3500 bis 3800 Stellen. „Das ist unbestritten und unbestreitbar“, sagte der Abgeordnete.

Dr. Andreas Reichel (F.D.P.) stellte fest: „Es gibt das Kultusministerium als gestaltende Kraft in diesem Lande nicht mehr. Dieser Haushaltsplan ist ein Dokument der Unterwerfung der Bildungspolitik unter die Finanzpolitik, ein Ausdruck von Phantasielosigkeit sondergleichen.“ Die SPD baue die teureren Systeme weiter aus, (mehr Kollegschulen

und mehr Gesamtschulen) und habe nach wie vor kein Konzept, wie den steigenden Schülerzahlen beizukommen und die Unterrichtsvorsorgung zu sichern sei. Ihr falle nur ein, die Schulklassen so groß zu machen, wie sie in den 60er Jahren waren. Im Bereich der Realschulen des Landes werde eklatant gegen die Gleichbehandlung von Schulformen verstoßen: Gäbe es dort dieselbe Schüler-Lehrer-Relation wie an Gesamtschulen, so müssten 4800 Lehrer zusätzlich eingestellt werden. Angesichts der Probleme brauche man eine Bündelung der Kräfte im Bildungsbereich: Bildung, Wissenschaft und Forschung seien das Bildungskapital des Landes.

sen: „Das ist eigentlich Betrug an den Wählerinnen und Wählern.“ Die Unterwerfung der Bildungspolitik unter die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sei nicht nachvollziehbar, solange die Sozialdemokraten keine erkennbaren Schritte täten, an den „richtigen Stellen“ zu kürzen: Vorrang für Straßenbau, Flugsubventionierung, Risikotechnologieförderung und „sinnloser“ Unternehmenssubventionierung.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) erteilte den Vorstellungen der CDU, die auf eine Abschaffung der gymnasialen Oberstufen und eine Rückkehr vom Kurssystem zum Klassensystem hinausliefen, eine klare Absage:



Kultusminister Hans Schwier (SPD, r.) hatte sein Ressort in einer ganzen Reihe von Zuständigkeiten zu vertreten: Schulen, Kultur und Sport. Einige der Redner aus den Reihen des Landtags waren dabei (v.l.) Norbert Giltjes (CDU), Dr. Andreas Reichel (F.D.P.), Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) und Brigitte Schumann (GRÜNE).

Fotos: Schälte

Brigitte Schuman (GRÜNE) hielt Landesregierung und SPD vor, sie hätten nicht den Mut, reinen Wein einzuschenken und vor den Wahlen Farbe zu bekennen. So würden bei den Lehrerstellen Löcher dadurch gestopft, daß andere aufgerissen werden. Um Lücken in der Grundversorgung zu schließen, sei entweder die Lehrerarbeitszeit zu erhöhen, oder die Klassenfrequenzen heraufzusetzen oder die Stundentafel müsse gekürzt werden. Um Konflikte zu vermeiden, werde die Katze nicht aus dem Sack gelassen.

Kein Land in der Kultusministerkonferenz wolle dies. Im übrigen wären andere Länder froh, wenn sie — wie NRW — alle freierwerbenden Lehrerinnen- und Lehrstellen wieder besetzen könnten, wie dies der Einzelplan 05 vorsehe. Im Lande steige („wenn Sie genau nachgerechnet haben“) die Zahl der Stellen sogar noch, und die Altersstruktur der Lehrer verbessere sich Schritt für Schritt. „Wir haben Jahr für Jahr über 3000 — im Durchschnitt 3500, im Haushalt 1995 sogar 4000 — Neueinstellungen, wovon natürlich der größte Teil Ersatzeinstellungen sind, was wohl auch nicht anders sein kann.“

Kultur

Karl Nagel (CDU) bezeichnete den Kulturetat des Landes als „Dokument der konzeptionellen Ratlosigkeit und geistiger Dürre“; er sei nicht mehr als ein „Grabgesang auf die

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, als Herausgeberin sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1995.

nordrhein-westfälische Kulturpolitik“. Er, Nagel, müsse in seiner letzten Rede zu einem Haushalt ein ernstes Wort reden: „Gerade in Zeiten knapper Kassen ist es genau das falscheste, ausgerechnet in der Kultur so drastisch und phantasielos zu sparen.“ Die Mittel für die Kultursekretariate würden um 20, die der Museen um knapp 40 Prozent gekürzt, die Musikschulen verlören von ihrem ohnehin schon unzureichenden Satz von vier noch einmal eine halbe Million Mark. Die Theater müßten mit zehn Prozent Minus fertigwerden. Der Sprecher machte darauf aufmerksam, daß die Kürzungen hauptsächlich zu Lasten der Kommunen gingen und dabei in erster Linie die kleinen und mittleren strukturschwächeren Gemeinden des ländlichen Raums träfen. Nagel: „Die Bedeutung des ländlichen Raums für die nordrhein-westfälische Kulturarbeit muß stärker betont werden.“

Dr. Eugen Gerritz (SPD) resümierte: Die Finanzen des Landes seien zwar miserabel, in mehreren Kommunen seien sie aber noch miserabler. „Noch ist die finanzielle Situation des Landes nicht so, als daß wir Strukturen zerstören müßten“, wenn man jedoch etwa

ekretär ausstatten. Wenn sich die Strukturen nicht änderten, „wird es keine kreativen Zukunftschancen in der Kulturpolitik unseres Landes geben. Aber wir sollten alle bedenken, daß die Entwicklung und Gestaltung einer humanen Gesellschaft ohne Kultur nicht möglich ist“.

Brigitte Schumann (GRÜNE) fand es „sehr befremdlich“, daß der Ministerpräsident noch den Nerv habe, von Kultur als Lebensmittel zu sprechen, „selber aber das Messer an die Kulturausgaben durch den Finanzminister anlegen läßt“. Dieser Haushalt, fuhr sie fort, sei das Ende von der Vorstellung einer Grundversorgung auch für Nichtprivilegierte — kulturelle Teilhabe und Bildung würden wieder zu einer Sache des Portemonnaies und des Status. Das erfülle im Grunde alle Politiker mit einer „ziemlichen Wut“. Die Kürzungen beträfen vor allem kulturelle Einrichtungen im kommunalen Bereich; wenn die SPD vor Jahren schon die Idee zu einem Bibliotheksgesetz gehabt hätte, „könnte jetzt nicht die Abwicklung von öffentlichen Bibliotheken, von Stadtteilbibliotheken und Bibliotheksbussen im ländlichen Raum passieren“. Im Ausblick auf die kommenden Mo-

terpauschale reiche nicht aus, Sportstätten würden nicht zur Infrastruktur der Städte und Gemeinden gezählt und in der Frage der Hauptamtlichkeit bewege sich seit Jahren nichts. Die Regierung werde dem Verfassungsauftrag nicht gerecht. Sein Fazit:

Sport

Wenn im Bereich des Sports im Lande noch etwas geschehe, „dann dank des Landessportbundes, des ehrenamtlichen Einsatzes der Übungsleiter und aller, die in Sportvereinen tätig sind, und nicht dank dieser Landesregierung“. Seine Fraktion lehne den Landessportplan ab.

Uwe Herder (SPD) sah die Sache anders: Bereits im Etat 1994 habe die SPD ein deutliches Zeichen für den Sport gesetzt; „der diesjährige Antrag der SPD zum Sporthaushalt geht jedoch weit darüber hinaus.“ Die von der Landesregierung im Entwurf vorgesehenen „drastischen und schmerzlichen“ Kürzungen bei den Übungsleiterpauschalen sei dank der Fraktion nicht nur vom Tisch, man habe sogar eine Erhöhung um vier Millionen gegenüber dem Haushalt 1994 beschlossen. Damit habe man den Argumenten der CDU gegen die Sportpolitik der Sozialdemokraten jeglichen Boden entzogen, betonte Herder, der auch zurückwies, die Aufnahme des Sports in die Landesverfassung stehe nur auf dem Papier: Übungsleitermittel und Sicherung des Etats für das Frauenförderungsprogramm im Sport bewiesen das Gegenteil.

Michael Ruppert (F.D.P.) strich heraus, daß seine Fraktion zusammen mit der SPD dafür gesorgt habe, daß der Ansatz für Übungsleiter nicht, wie von der Landesregierung vorgesehen, gekürzt, sondern höher liege als in den Jahren zuvor. Das sei aber das beinahe einzige erfreuliche Ergebnis für den Sport im Lande gewesen, meinte der Sprecher und wies darauf hin, daß das Sinken des Landeshaushalts den Gemeinden dazu dienen könne, ebenfalls in diesem Bereich Einsparungen vorzunehmen.

Gerd Mai (GRÜNE) schlug in dieselbe Kerbe. Es gehe nicht an, daß der Kultusminister den Kommunen vorwerfe, sie kürzten die Mittel für den Sport — da werde ein Sündenbock gesucht und würden „große Töne gespuckt“. Mai wandte sich näher dem Schulsport zu, der sich viel zu wenig darum kümmere, die sogenannten sportschwachen Schülerinnen und Schüler zum Sport zu führen. Das liege wohl daran, daß in Lehrplänen und Richtlinien immer noch zu sehr die „Sportcracks“ im Vordergrund stünden. Die verschiedenen Aufgaben von Schule und Vereinen müßten klar definiert werden. Ferner sollte man sich bemühen, den „Alltagssport“ mehr in die Schulen zu holen und nicht in erster Linie an überkommenen Sportarten festhalten. Zum weiteren sollten die Mittel für die Schaffung von Bewegungsräumen, Spielräumen und Sportmöglichkeiten in Richtung Infrastruktur konzentriert werden.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) dankte für die insgesamt faire Diskussion des Sporthaushalts und meinte: „Ich kann Ihnen nur empfehlen, ihn so anzunehmen, denn einen besseren bekommen wir nicht.“



Innere Sicherheit und Polizei: v.l. Heinz Paus (CDU), Stefan Frechen (SPD), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Roland Appel (GRÜNE) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD).
Fotos: Schälte

die Kürzungen addiere, die die Kultursekretariate erleiden müßten, so sei der „Tatbestand der Störung in elementarer Form“ gegeben. Wäre die SPD nicht eingesprungen, wären einige Literatur- und Bibliotheksstrukturen zerstört worden. Hier und in anderen Bereichen habe man das Ausmaß der vorgesehenen Kürzungen erheblich reduziert. Angesichts seiner letzten Etatrede meinte Dr. Gerritz: „Ich wäre gern als strahlender Sieger aus dem Ring gegangen (...) Wenn ich den Kulturhaushalt des nächsten Jahres und der vergangenen zwei Jahre ansehe, dann habe ich den Eindruck, doch eine Reihe von Nierenschlägen bekommen zu haben.“

Wolfram Dorn (F.D.P.) war der dritte Sprecher, der seine letzte Etatrede zum Kulturhaushalt hielt. Er stellte fest, die verbalen Erklärungen von Ministern zur Notwendigkeit der Unterstützung kultureller Einrichtungen hätten mit den Maßnahmen der Regierung nicht mehr viel zu tun. Angesichts der Streichungen von „Kürzungen mit Augenmaß“ zu sprechen, könne nur der verstehen, „der inzwischen blind geworden ist“. Damit das Kultusministerium seinen Namen zu Recht trage, sollte die neue Landesregierung den Kultusbereich mit einem eigenen Staatsse-

nate sagte sie: „Kulturpolitik unter der Perspektive Rot-Grün müßte sich erheblich ändern.“

Kultusminister Hans Schwier (SPD) betonte: „Nordrhein-Westfalen ist das Land der Stadtkultur und nicht der Staatskultur.“ Das Land kümmerge sich um die Dinge, die einzelne Stadt oder Region schwieriger zu regeln in der Lage seien. Bei den Kürzungen sei man nicht mit dem Rasenmäher, „sondern nach dem notwendigen Gerechtigkeitsprinzip“ vorgegangen. Was die angesprochene rot-grüne Perspektive angehe, so glaube er nicht, daß es sich hier um eine bessere, geschweige finanzierbare Kulturpolitik handeln würde.

Wolfram Dorn (F.D.P.) widmete seinen zweiten Beitrag den kraß unterschiedlichen Zuschüssen an die evangelischen und katholischen Kirchen, die auf einer 200 Jahre alten Basis beruhten. In einem weiteren Punkt ging er auf die Literaturförderung ein, die im Vergleich zu anderen Bundesländern hierzulande geradezu als Stiefkind der Kulturpolitik dastehe.

Leonhard Kuckart (CDU) warf der SPD vor, sie tue alles, um den Sport im Lande in seiner Entwicklung zu bremsen: Die Übungslei-

Innere Sicherheit

Frust bei der Polizei und die Furcht des Bürgers vor zunehmender Kriminalität standen im Mittelpunkt der Beratungen des Einzelplans 03 des Innenministeriums.

Heinz Paus (CDU) erklärte, im zentralen Feld der inneren Sicherheit zeige auch dieser Haushalt keinerlei Perspektive. Es gehe seit Jahren um die gleichen ungelösten Probleme. NRW habe im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die mit Abstand schlechteste Personalausstattung. Innenminister Schnoor, der Beauftragter der Landesregierung für die elektronische Datenverarbeitung sei, habe auch bei der Polizei die technische Entwicklung schlicht verschlafen. Die Polizei sei zudem nach wie vor durch eine Vielzahl vollzugsfremder Tätigkeiten belastet. Der Innenminister wolle nicht einräumen, daß man 7 500 Polizeibeamte zu wenig habe. Dazu sagte Paus, daß sich die Kriminalität seit den 70er Jahren mehr als verdoppelt habe. Die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruch liege noch bei ganzen 15 Prozent. Im Bereich der inneren Sicherheit täten mehr und vernünftig bezahlte Polizeibeamte not.

Stefan Frechen (SPD) fragte den Vorredner, ob er die Tatsache negiere, daß in der letzten Legislaturperiode mehr als in den vorausgegangenen Legislaturperioden für die innere Sicherheit und insbesondere für die Polizei getan worden sei. Habe die CDU bei den vielen Anträgen, die sie gestellt habe, überhaupt ernsthaft überlegt, woher denn die Deckung für ihre Vorschläge kommen könne. Dem Abgeordneten Paus hielt Frechen vor, er habe sich aus einer ernsten Diskussion um die innere Sicherheit in diesem Land längst verabschiedet. Er werde von der Bevölkerung diesbezüglich nicht ernst genommen und, was sehr viel schlimmer sei, von den berufsständischen Organisationen der Polizei nicht einmal mehr eingeladen. Der Abgeordnete erinnerte daran, daß in den Jahren 1992 und 1993 insgesamt 2 000 Stellen neu geschaffen worden seien. Ferner habe man fast 10 000 Beamtinnen und Beamte in den gehobenen Dienst überführt.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) betonte, der Frust sei noch nie so groß in der Polizei gewesen. Auch das mangelnde Gefühl der

Sicherheit sei noch nie so groß gewesen in der Bevölkerung. „Ich habe meine Zweifel, ob das Engagement, ob die Solidarität, ob die Kameradschaft, die ich vor Jahren noch in der Polizei erlebt habe, zukünftig noch zu finden sind“, meinte die Abgeordnete, vom Beruf Kriminalbeamtin. Man wünsche sich auch die Beamten im gehobenen Dienst. Man habe aber immer davor gewarnt, hier Versprechungen zu machen, die nicht zu halten seien. „Wir stehen jetzt vor dieser Situation. Es nützt doch nichts. Es ist doch wirklich widersinnig.“ Die Frustration sei genauso im Zusammenhang mit der Neuorganisation vorhanden.

Roland Appel (GRÜNE) meinte, wer eine bürgernahe und demokratische Polizei haben wolle, wer nicht den obrigkeitstaatlichen Büttel sondern wer bewußt die Bürgerin und den Bürger in Uniform möchte, müsse die Polizei gut ausbilden, gut bezahlen und dürfe ihr nicht immer weitere Aufgaben aufbürden. Mit der Stellenaufstockung in diesem Bereich — insoweit sei man mit der SPD einig — sei ein finanzierbarer und vor allen Dingen notwendiger Schritt in Richtung auf die Höhergruppierung vieler Beamter des mittleren Dienstes geschaffen worden. Appel begrüßte die Bemühungen des Landesinnenministers, sich für die Kurden aus der Türkei einzusetzen und man sei ihm dankbar, daß endlich ein Innenminister ausspreche und belege, was in der Türkei mit Kurden inzwischen gang und gäbe sei. Es gehe aber nicht an, daß der Innenminister in seiner Flüchtlingspolitik immer widersprüchlicher handele.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) räumte ein: „Wir haben viel Frust in der Polizei.“ Auch sei das Sicherheitsgefühl der Bürger sehr beeinträchtigt. Übrigens wüßten alle Fachleute, daß das Sicherheitsgefühl stärker beeinträchtigt sei, als die Sicherheitslage es rechtfertige. „Dennoch müssen wir es ernst nehmen.“ Die Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls habe im übrigen mit dem Frust in der Polizei nichts zu tun. Dafür gebe es andere Ursachen. Es seien zwei Bereiche, die man auseinanderhalten müsse. Aber man müsse sich mit beidem befassen, und man müsse die Angst der Bürger vor der Kriminalität ernst nehmen. Die Kriminalitätslage in NRW sei nicht schlechter als in anderen Ländern. Man liege im Mittelfeld. Der Minister wandte sich ferner gegen den Vorwurf, die Neuorganisation sei eine Verteilung des Mangels.

Marianne Hürten (GRÜNE) unterstrich, ihr gehe es um ein Problem, und zwar um die Verhinderung von Gewalt, vor allen Dingen um die Verhinderung von Gewalt gegen Frauen. Ihre Fraktion beantrage, einen äußerst sparsam ausgestatteten Titel für Verkehrserziehung und kriminalpolizeiliche Beratung um 1,4 Millionen Mark zu erhöhen. Man wolle diese Mittel an Gewaltprävention binden, genauer gesagt: an die Prävention von Gewalt gegen Frauen. Sinnvolle Gewaltprävention dürfe sich nicht darin erschöpfen, Bürger darin zu beraten, wie sie ihre Fenster am besten verrammelten und ihre Kinder an den Autoverkehr anpassen könnten. Sinnvolle Gewaltprävention müsse vielmehr das Gewaltverhältnis der Geschlechter im Sinn haben.

Heinz Paus (CDU) erklärte in einem weiteren Beitrag zur Feststellung des Innenministers, NRW befinde sich auf einem Mittelplatz, leider sei man bei der Polizeidichte Schlußlicht unter allen Bundesländern und bei der EDV liege man allenfalls noch vor dem Saarland. Zu der Aussage, bei der Neuorganisation habe es 2 000 zusätzliche Kräfte für den Exekutivbereich gegeben, meinte Paus, man stelle fest, daß echte Kapazitätswachse in dem verkündeten Umfang nicht aufzufinden seien.

Egbert Reinhard (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für Innere Sicherheit, erklärte zur „großen Ungerechtigkeit“, die dadurch entstanden sei, daß auf der einen Seite Polizeibeamte in den gehobenen Dienst kämen, nachdem sie sich gewissen Lehrgängen und der Fachhochschule unterzogen hätten, auf der anderen Seite die sogenannten Toyota-Kommissare jetzt sehr schnell in den gehobenen Dienst kämen. Er gebe zu, es sei eine Ungerechtigkeit. Aber wie hätte man es denn anders machen sollen? „In Übergangszeiten wird es immer Ungerechtigkeiten geben“, stellte der Abgeordnete fest.

Roland Appel (GRÜNE) stellte in einem Zusatz richtig, er habe zu keiner Zeit gesagt, daß er die Polizei oder den Innenminister auffordere, gegenüber Gewalttätern oder Straftätern zu deeskalieren. Aber er habe sehr wohl gesagt, daß es darum gehe, sowohl im Vorfeld als auch im Verlauf von Demonstrationen gegenüber den Demonstrierenden so zu deeskalieren, daß Gewaltbereite keine Chance hätten.

Fortsetzung Seite 8



„Kommunen in Not“ war auch das Motto der Aussprache über das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995, v.l. Albert Leifert (CDU), Jürgen Thulke (SPD), Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE).
Fotos: Schälte

Landtag verabschiedet 86-Milliarden-Haushalt 1995 in dritter Lesung

Konträre Ansichten über den Zustand des Landes

Der Landtag hat am 21. Dezember mit den Stimmen der SPD-Fraktion das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie das Haushaltsgesetz 1995 im Entwurf der Landesregierung in der Fassung nach der 2. Lesung in dritter Lesung angenommen. Der Etat des nächsten Jahres sieht Ausgaben in Höhe von 85,8 Milliarden Mark vor, 3,2 Prozent mehr als im laufenden Jahr. Ohne die 4,6 Milliarden Mark, die das Land in den Länderfinanzausgleich und den Fonds „Deutsche Einheit“ einzahlen muß, steigen die Ausgaben um ein Prozent. Bei der Aussprache rechneten Oppositionssprecher mit 30 Jahren von SPD bestimmter Politik ab. Staatsverschuldung und Wirtschaftswachstum spielten in der Argumentation eine erhebliche Rolle. Auch Fragen nach einer Veränderung der Regierungsmannschaft wurden laut. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) betonte indessen, er werde diese Entscheidung später und in einem anderen Kreis treffen. Im übrigen berichtete er: „Wir sind wieder ein finanzstarkes Land.“

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, rechnete mit 30 Jahren von der SPD bestimmter Politik in NRW und 16 Jahren Amtszeit von Ministerpräsident Johannes Rau ab: In dieser Zeit sei das Land gegenüber dem Bundesdurchschnitt erheblich zurückgefallen. Linssen faßte diese Entwicklung, die er mit zahlreichen Zahlen unterfütterte, mit den Worten zusammen: „Sie und Ihre Regierung haben diesem Land Zeit gestohlen. Diese Zeit kann niemand mehr dem Land und seinen Menschen zurückgeben.“ Der Sprecher bezog sich dabei auf die Gebiete Staatsverschuldung, Investitionsquote, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftswachstum im Lande. Aus dieser Ausgangslage entwarf der Sprecher die Grundzüge der Politik, wie sie die CDU bei einer Regierungsübernahme nach den Landtagswahlen im kommenden Mai gestalten würde: Beim Wirtschaftswachstum müsse man sich mindestens an die Entwicklung im Schnitt der Bundesrepublik anknüpfen, damit durch Verbesserung der Einnahmeseite die Spielräume für Familienhilfe, soziale Ausgaben, Zukunftsinvestitionen, Mittelstandsförderung und mehr Arbeitsplätze geschaffen würden. Linssen: „Statt Präsidialstil zu praktizieren, sollte man die Ärmel aufkrepeln, Kompetenz beweisen und sollte führen.“ Da die wichtigste Ressource des Landes der „Rohstoff Grips“ sei, werde man in der Bildungspolitik umsteuern: Bestandssicherung der bestehenden Gesamtschulen, „aber es wird keine neuen Gesamtschulen geben“; dafür aber ein Zentralabitur. Im Wohnungsbau müsse die viel zu geringe Eigentumsquote im Lande angehoben werden, bei sozialem Wohnungsbau seien die Förderrichtlinien umzugestalten. Die CDU werde sich ferner um ein anderes Verhältnis zu den Gemeinden bemühen und ihnen wieder mehr Spielraum für eigene Entscheidungen zurückgeben. Stichworte bei der inneren Sicherheit seien verstärkter Kampf gegen die Kriminalität, bessere Ausstattung der Polizei und freiwillige Polizeireserve. Zeit gestohlen habe



Frage nach politischen und gesellschaftlichen Zielen: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schälte

die SPD dem Land auch in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Umweltpolitik. Die Zahl der Ressorts innerhalb der Landesregierung sei zu reduzieren. Diskussionspunkte der nächsten Legislaturperiode seien Deregulierung, Kommunalisierung und Privatisierung. Kurz, es gehe vor allem darum, „die schleichende Talfahrt unter Rau zu stoppen“. Das Land habe vielfältige Chancen und Möglichkeiten, aber die müßten genutzt werden.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, sagte, eine weitverbreitete Unsicherheit, ja Hilflosigkeit kennzeichneten die politische Lage. Fassungslos erlebten die Menschen, daß sich die westliche Staatengemeinschaft als unfähig erweise, das Morden im früheren Jugoslawien zu beenden. Und nach dem Durchbruch von Maastricht wüßten die Politiker in Europa offenbar nicht, welche konkreten Taten nun den den großen Worten folgen sollten. Auch im Inneren Deutschlands sehe das Bild nicht rosiger aus. Unserer Gesellschaft drohe die Gefahr einer inneren Zerrissenheit, zwischen Ost und West, aber auch zwischen Arm und Reich. Farthmann erinnerte daran, daß die Sozialbindung einen Eckpfeiler der Verfassungs- und Wirtschaftsordnung sei. Innovationen seien für Unternehmen und Volkswirtschaft der entscheidende Faktor. Er stellte indessen die Frage, ob die Förderung innovativer Wirtschaftsprozesse auch den Verzicht auf politische Vorgaben bedeute? Keinen Zweifel ließ er daran, daß kein Konjunkturaufschwung und kein Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Lage seien, die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zu vermindern. Alle neuen Technologien, alle Umstrukturierungsprogramme könnten allenfalls den Anstieg der Arbeitslosigkeit mildern. Aber alle sollten gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, wie man diesen Menschen eine neue Lebensperspektive eröffnen könne. Als Chance sah der Politiker die Kombination von privater Verdienstmöglichkeit und öffentlichen Lohnersatzleistungen an. Zur Vereinbarung von Ökologie und Ökonomie sagte er, bei Unternehmen und Verbrauchern müßten marktwirtschaftliche

Anreize geschaffen werden, Energie und Material einzusparen. Ferner führe an der von der SPD vorgeschlagenen Ökologischen Steuerreform längerfristig kein Weg vorbei.

Kritisch äußerte sich der Fraktionsvorsitzende zum geltenden Steuersystem, das vor allem den Produktionsfaktor Arbeit in einer ihm bisher nicht bekannten Weise belaste: 62 Prozent aller Steuereinnahmen kämen aus der Besteuerung der menschlichen Arbeitskraft. Übrigens seien es 1970 erst 45 Prozent gewesen. Die Tendenz sei also steigend. Nur 9,3 Prozent aller Steuereinnahmen resultierten aus Naturverbrauch und Umweltbelastung. Er könne nur sagen, ein Steuerrecht der Zukunft müsse dieses Verhältnis genau umkehren.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, erklärte, in jedem Jahr der sozialdemokratischen absoluten Mehrheit seit 1980 seien durchschnittlich 6,2 Milliarden Mark zusätzliche Neuverschuldung angefallen. Dieser gewaltige, weiter steigende Schuldenberg des Landes schränke allein durch die Belastung mit den ständig und überproportional anwachsenden Zinsleistungen den politischen Handlungsspielraum unzumutbar ein. „Unsere Kinder werden die Schulden abtragen müssen“, sagte Rohde. Er beklagte die Zwei-Klassen-Förderpolitik zugunsten der Montanindustrie bei Vernachlässigung der Zukunftsinvestitionen in moderne Technologien und des Mittelstandes, eine Zwei-Klassen-Regionalpolitik zugunsten des Ruhrgebiets und eine Zwei-Klassen-Arbeitsmarktpolitik durch Bevorzugung von Beschäftigungsgesellschaften in der Montanindustrie. Wenn die Opposition über Sachfragen reden wolle, rede der Ministerpräsident immer nur über Machtfragen. Rohde konstatierte, die SPD-Landesregierung sei in die Jahre gekommen. Johannes Rau sei sich selbst zum Denkmal geworden

Bärbel Höhn (GRÜNE), Fraktionssprecherin, stellte als Bilanz der letzten fünf Jahre Landespolitik Stagnation fest. Die heutige SPD sei Welten von ihrem Aufbruch der 70er Jahre entfernt. Die Folgen seien für Millionen

Menschen untragbar geworden. Die alten Männer seien müde, die Ära Rau gehe zu Ende. Schnoor suche intensiv nach seiner liberalen Vergangenheit, bei Clement lägen die Nerven blank, Matthiesen hetze von einem Untersuchungsausschuß zum nächsten, Kniola plane fleißig neue Straßen und Tunnel. Nur die Grünen störten die Idylle. Ein Bruch laufe durch die SPD, eine fast unüberbrückbare Kluft. Es sei höchste Zeit, daß die SPD ihr Verhältnis zu Rotgrün kläre. Die Konservativen vertrauten blind auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, müßte es acht Jahre lang ein Wachstum von sechs Prozent geben. Intelligenter Umweltschutz bringe mehr, als es koste. Energiesparwirtschaft würde 30 000 Dauerarbeitsplätze schaffen. Schlußer wolle dem Energieriesen RWE 500 Millionen Steuern schenken. Mehr ÖPNV-Ausbau könnte 200 000 Arbeitsplätze bringen. Für das Dreiliter-Auto müsse es mehr Druck geben. Die Arbeit müsse gerechter verteilt werden. NRW solle im Bundesrat ein Arbeitszeitgesetz einbringen. Arbeitszeitverkürzung würde Frauen neue große Chancen eröffnen. Ein Quotierungsgesetz sei außerdem nötig. Die Grünen hätten den Mut für den sozialen und ökologischen Umbau. Sie seien nicht alle Realos, aber Realisten. „Genossen“ komme nicht von genießen. Es lohne sich, von alten Mustern abzugehen und umzudenken.

Carla Boulboulé (fraktionslos) erklärte, Gewinne privater Unternehmer, die statt in die Produktion in die Spekulation gingen, müßten mit Sonderabgaben belegt werden. Die liquiden Milliardensummen der Wirtschaft seien für die Investitionen zu mobilisieren.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) machte darauf aufmerksam, daß er gegenwärtig keine Personaldiskussion führen möchte. Die führe er zu einem späteren Zeitpunkt und in einem anderen Kreis. Zu dem CDU-Politiker Linssen gewandt, sagte Rau, dieser habe eine Fülle von Dingen gesagt, die habe er schon 1979/1980 gehört. Jedes Jahr wieder werde über seine Regierungsbildung geredet, werde über das angebliche Zögern geredet, über das Zaudern. Die Landtagswahl 1980 habe er hingezögert, die 1985 habe er hingezaudert, die 1990 habe er auch noch hingekriegt. „Jetzt möchte ich die 1995 auch noch mal gewinnen“, schloß der Regierungschef. Er wandte sich dann der Argumentation der Opposition zu und griff das Stichwort „Staatsverschuldung“ auf. Die Tatsache, daß auch der Staat Schulden habe, sei an sich nicht neu, aber wieder gut für ein paar Extrazeilen in der Tagespresse. Gelegentlich würden Methoden angewandt, die schienen ihm problematisch. Er halte es für unseriös, bei Arbeitslosenzahlen zu vergleichen. Er wisse, daß man eine bedrückend hohe Arbeitslosigkeit habe. Über 750 000. Aber dann sehe er sich den Vergleich von 1990 bis 1994 an und stelle fest, sie habe in NRW um 37 Prozent zugenommen, in Baden-Württemberg um 104 und in Bayern um 63 Prozent. Bei der Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes liege man mit 2,2 Prozent genau im Bundestrend. Die Schlüsselzuweisungen seien um ein Prozent gestiegen. Für den kommunalen Steuerverbund gebe es 175 Millionen Mark mehr. Zu seiner Politik erläuterte Rau, man



Dem nordrhein-westfälischen Landtag gehören acht neue Abgeordnete an, die in das Landesparlament nachgerückt sind. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (SPD, Mitte vorne) verpflichtete am 14. Dezember die neuen Mitglieder Richard Blömer (CDU) aus Köln, Gisela Gebauer-Nehring (SPD) aus Bonn, Doris Langenbruch (SPD) aus Bad Oeynhausen, Waltraud Wietbrock (F.D.P.) aus Neukirchen-Seelscheid, Johannes Ernst Sondermann (SPD) aus Hückelhoven, Gisela Lehwald (SPD) aus Olpe, Dr. Hans-Dieter Fischer (CDU) aus Hagen und Günter Spangenberg (SPD) aus Bocholt (v.r.). Sie kamen für fünf Abgeordnete, die in den Bundestag, sowie drei, die zu hauptamtlichen Bürgermeistern gewählt worden waren. Im Bild vorne links und rechts neben der Präsidentin die Präsidiumsmitglieder Otti Hüls (CDU) und Horst Sommerfeld (SPD). Foto: Schälte

Helmut Linssen Spitzenkandidat

Mit großer Mehrheit ist der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Dr. Helmut Linssen, als Spitzenkandidat für die Landtagswahl 1995 bestätigt worden. Für Linssen stimmten auf einer Versammlung in Soest 97,4 Prozent der Delegierten. Mit 227 Stimmen bei zwei Enthaltungen und vier Gegenstimmen wurde er auf Platz 1 der Landesliste gesetzt.

müsse den Bürgern auch sagen, was man tue, dann könne man guten Gewissens vor sie treten und sagen: „Wir haben Wort gehalten. Wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten können, und das, was wir versprochen haben, haben wir gehalten.“ Der Ministerpräsident schilderte dann Lage und Stimmung in Nordrhein-Westfalen, damit ein bißchen „weihnachtlicher Glanz“ in die Augen seines Vorredners Linssen käme. NRW habe einen kräftigen Strukturwandel durchgemacht. Der Anteil der Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung sei von 45,9 Prozent 1970 auf 60,9 Prozent 1993 gestiegen. Der Anteil des produzierenden Gewerbes sei von 52,1 auf 31,7 Prozent zurückgegangen. Das sei keine Deindustrialisierung, sondern strategisch wichtige Zukunftsindustrien wie Kommunikationstechnik und Umwelttechnik hätten im Land an Gewicht gewonnen. Natürlich bedeute Strukturwandel in der Wirtschaft auch Strukturwandel bei den Arbeitsplätzen. Arbeitsplätze in traditionellen industriellen Sektoren gingen verloren, in Zukunftsbereichen würden welche geschaffen. „Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren per Saldo 506 200 neue Arbeitsplätze geschaffen, schloß der Regierungschef. Im übrigen fügte er an, NRW habe eine Wissenschafts- und Forschungsstruktur wie kaum



Der Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I, Bodo Hombach (SPD), hat am 16. Dezember Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zwei Abschlußberichte seines Ausschusses übergeben. Der erste Bericht läuft unter dem Stichwort „Abfallvermeidungskampagne“. Der zweite umfaßt die beiden Teile „Neue Mitte Oberhausen“ sowie „Beauftragung des Notars Peter Heinemann“.

Fotos: Schälte

ein anderes Land aufgebaut. Man habe 53 Hochschulen mit einer halben Million Studenten. „Wir sind das Zentrum der Umweltschutzwirtschaft.“ Es gebe 1600 nordrhein-westfälische Unternehmen mit 160 000 Beschäftigten im Umweltschutz. In der Gentechnik habe man führende Institute der Bundesrepublik. NRW sei Außenhandelsplatz Nr. 1. Das Handwerk habe goldenen Boden und man sei Versicherungsplatz Nr. 1. Darüber hinaus seien 125 000 Menschen in der Medienwirtschaft beschäftigt.

Zweite Lesung...

Fortsetzung von Seite 5

Gemeindefinanzierung

Alle Fraktionen waren sich in der Beurteilung der Finanznot der Gemeinden einig. Die Notwendigkeit einer Finanzreform wurde nicht verkannt.

Albert Leifert (CDU) wies auf die kommunale Pflicht zur örtlichen Daseinsvorsorge hin, wofür keine Almosen, sondern gerechte Anteile an den Einnahmen zu gewähren seien. Die Mittel seien keine Geschenke von Ministern, sondern stünden den Städten und Gemeinden zu. Vom jahrzehntelangen Raubzug der Landesfürsten durch die Gemeindekassen solle abgelenkt werden. Nur in NRW seien die Kommunen nicht an der Kfz-Steuer beteiligt. Seit 1982/83 seien die Gemeindefinanzen laufend neu befrachtet worden. 1991 sei der Anteil an der Gewerbesteuerumlage gestrichen, 1992 der Solidarbeitrag erfunden worden. Im Bundesrat zögen die Landesregierungen die Kommunen gnadenlos über den Tisch. Die Zukunft lasse nur Böses ahnen, etwa bei Pflegegesetz und Regionalisierung.

Jürgen Thulke (SPD) erwiderte, ständige Wiederholungen lösten das Problem nicht. Die CDU solle sich lieber bei ihren Freunden in Bonn einsetzen, deren beabsichtigte Kommunalisierung der Dauerarbeitslosigkeit von den SPD-Ländern gerade noch verhindert worden sei. Zur Schwächung der Kommunen würde auch die Abschaffung der Gewerbesteuer beitragen. Die SPD nehme diesen weiteren Anschlag nicht hin und lege einen Antrag vor. Moderner Finanzausgleich sei geprägt durch Kontinuität, Flexibilität, Aktualität, Solidarität und Effektivität. Bei Bedarfsverschiebungen werde Freiraum vorgesehen, etwa durch Mittel für Konversionslasten. Über mehr als 92 Prozent der Steuerverbundmittel könnten die Kommunen eigenständig entscheiden. Steuermehreinnahmen sofort an die Gemeinden weiterzugeben, sei kommunalfreundlich. Für eine Finanzreform sei es höchste Zeit.

Michael Ruppert (F.D.P.) stellte fest, auch Thulke sei beim Ritual geblieben, reflexartig auf Bonn zu zeigen, wenn die Opposition auf Eingriffe in die Gemeindekassen hinweise. Das Ungleichgewicht werde größer. Die Gewerbesteuer sei eingebrochen, als konjunkturabhängige Steuer ohnehin ungeeignet als Säule der Kommunalfinanzen. Beim Bonner Finanzpoker hätten die Länder kräftig mitgeholfen, die Kommunen über den Tisch zu ziehen. Außerordentlich störe ihn, daß durchlaufende Bundeshilfen zum Anteil von einem Viertel des Landeshaushalts zugunsten der Gemeinden hinzugerechnet würden. Das sei eine Roßtäuschung. Asylbewerber seien eine zusätzliche Belastung, ebenso die Kindergärten. Auch die reformierte Gemeindeordnung bringe mehr Kosten. Eine Menge teurer Spaziergänger werde es geben, vor dem „Versorgungs-GAU“ nicht zu reden. Die F.D.P. schlage vor, von Zweckzuweisungen wegzukommen, um Gemeinden vor Versuchen zu bewahren: „weg vom Goldenen Zügel.“

Bärbel Höhn (GRÜNE) sah bei den Kommunen größere Einsicht in die Ursache der Fi-



Nahmen Abschied: v.l. Herbert Friebe, Ilse Galla und Horst Mutzberg, zwischen ihnen Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe.
Foto: Schälte

Landtagspräsidentin verabschiedet Mitarbeiter

Mit Glückwünschen in Ruhestand

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat die Verwaltungsarbeiterin Ilse Galla, den Regierungsangestellten Horst Mutzberg und den Kellner Horst Friebe in den Ruhestand verabschiedet. Die Präsidentin wünschte ihnen viel Glück auf ihrem weiteren Lebensweg.

Frau Galla war seit 1985 zunächst im Reinigungsdienst, dann im Garderobendienst beschäftigt. Privat ist sie oft in ihrem Schrebergarten anzutreffen. Künftig kann sie ihren Freundeskreis noch mehr mit selbstgemachten Marmeladen und Gelees verwöhnen.

Horst Mutzberg trat 1991 als Schwerbehinderter in die Dienste des Landtags. Der gelernte Kaufmann war als Mitarbeiter im Haussicherungs- und Pfortendienst beschäftigt. In seiner Freizeit ist er leidenschaftlicher Aquarianer.

Herbert Friebe gehörte am längsten zur Landtagsverwaltung. Nachdem er in renommierten Hotels wie dem Grand Hotel „Victoria-Jungfrau“ in Interlaken und im Staatsbad

Bad Pyrmont tätig war, trat er 1954 in die Dienste des Landtags, wo er in den Wirtschaftsbetrieben Dienst tat. Er hat seit Josef Gockeln, der — so Friebe — mit seinen „Untergebenen“ wie Friedrich der Große in der dritten Person zu verhandeln pflegte — alle Präsidenten erlebt. Wenn er zurückdenkt, erinnert er sich mit ein bißchen Wehmut an den alten Landtag. Dort sei die Atmosphäre besser gewesen. Es habe engere Kontakte zwischen den Fraktionen gegeben.

An einem Abschiedsgespräch mit Herbert Friebe nahm auch der SPD-Abgeordnete Bodo Champignon teil, der den Kellner seit 15 Jahren kennt. Er lobte Friebes Loyalität und Verschwiegenheit und betonte, es müsse solche Menschen geben, die das, was sie gehört hätten, nicht an die Öffentlichkeit brächten. Das sei das Außergewöhnliche an der Person, am Menschen Herbert Friebe.

Der 63jährige Pensionär will sich nun als „alleinerziehender Opa“ betätigen, sich seinen Briefmarken widmen und „Haus und Hof“ besorgen.

nanznot, die Familien mit Kindern besonders treffe. Schulen und Kindergärten würden schlechter ausgestattet, Gebühren erhöht. Ein Fortschritt wäre die gemeinsame Ablehnung aller Aushöhlung der Kommunalfinanzen. Die Gewerbesteuer müsse auf Freibeträger ausgeweitet werden. Die Grünen schlugen eine Kraftanstrengung von Um-schichtungen vor, um den Kommunen zu helfen. Die Mehransätze für Schulbau, Kindergärten, Sozialhilfe sollten beim Straßen- und U-Bahn-Bau eingespart werden.

Walter Greverer (SPD) stellte fest, die Produktivität sei in NRW gestiegen. Es gebe weniger Konkurrenz als auf Bundesebene. Die neue Gemeindeordnung sehe finanziellen Ausgleich bei neuen Pflichten vor. Am Ganzen sollten sich die Wähler orientieren. Die sofortige Umstellung bei der Direktwahl sei

leider nicht möglich gewesen. Straßenbau finde im wesentlichen bei Ortsumgehungen statt. Die Systematik der Gemeindefinanzierung werden durch ein Gutachten überprüft.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) meinte, mit den alten Vorwürfen könne niemand etwas anfangen. Wir hätten es mit der größten Finanzkrise der Bundesrepublik Deutschland zu tun. Überall hätten wir über unsere Verhältnisse gelebt. Der Verbundsatz sei zu lange so hoch gewesen. 1994 zahle das Land 2,5 Milliarden Mark für Asylbewerber und Aussiedler, obwohl es die Grenzen nicht geöffnet habe. Die Interessen des armen gebeutelten Landes nähmen die Sozialdemokraten wahr. Der Zahlungsverzug liege nicht an mangelnder Zahlungsmoral, sondern an Rechenproblemen. Bei Verwaltungsvorschriften habe die Opposition

nur Knüppel zwischen die Beine geworfen. Für Hilfe zum Lebensunterhalt hätten Kommunen 1994 weit über 420 Millionen Mark angemeldet. Der Haushaltsausschuß werde um die Bewilligung überplanmäßiger Mittel gebeten. Die Landschaftsverbände hätten zusammen 700 Millionen Mark Defizit, könnten aber nicht einfach Umlagen erhöhen. Die Opposition solle Anwalt der Kommunen sein und gemeinsam über neue Instrumentarien nachdenken.

Stellenpläne

Mit Personalhaushalten, leistungsorientierter Besoldung und Pensionierung setzten sich die Fachpolitiker beim Punkt „Stellenpläne“ auseinander.

Peter Bensmann (CDU), Vorsitzender des Unterausschusses Personal, äußerte Befremden über die Abwesenheit des Finanzministers bei der Aussprache über 50 Prozent der Steuereinnahmen. Der NRW-Schuldenturm von 121 Milliarden Mark sei keine Folge der Wiedervereinigung, denn 1989 seien es bereits 100 gewesen. Jede zweite Steuermark für Staatsdiener auszugeben, sei dramatisch. Die CDU wolle nicht bei Schulen und Sicherheit sparen, sondern bei Behörden. Allein die Auflösung des Bauministeriums bringe 260 Stellen. Leider zögere die Landesregierung. Der Rasenmäher Wiederbesetzungssperre sei völlig untauglich für politische Gestaltung. Von 7 200 kw-Vermerken seien ganze 450 in zwei Jahren realisiert. Im öffentlichen Dienst müßten leistungsorientierte Besoldung, Verlängerung der Altersstufen und der Probezeit, Führungsämter auf Zeit und Teilzeitbeschäftigung durchgesetzt werden.

Ernst-Martin Walsken (SPD) antwortete, die SPD-Fraktion habe in den letzten fünf Jahren die Ausdehnung des Personalhaushalts durch CDU-Anträge verhindert. Allein Bensmann habe mehrere zehntausend Stellen mehr befürwortet. Trotz der fehlenden sieben Milliarden Mark für die deutsche Einheit fahre das Land weiter einen Konsolidierungskurs und bleibe handlungsfähig. Die Neuverschuldung sei auf 750 Millionen Mark und die Personalkostenquote auf unter 50 Prozent abgesenkt worden. Trotzdem sei die Personalsituation bei der Polizei und bei den Schulen verbessert worden. 1998 würden 76 Prozent aller Polizeivollzugsbeamten im gehobenen Dienst sein. Für Grund- und Sonderschulen gebe es 561 neue Stellen. Über den mittleren Dienst anderer Bereiche müsse grundsätzlich gesprochen werden. Die ausgabenkritische Überprüfung der Landesverwaltung solle konstruktiv fortgesetzt werden.

Rudolf Wickel (F.D.P.) hielt die Rechnung bei den Stellenhebungen bei der Polizei für nicht ganz ehrlich. Das koste 19 bis 20 Millionen Mark, nicht nur acht wie im Deckungsvorschlag eingesetzt. Beim mittleren Dienst anderer Verwaltungen dürften keine falschen Hoffnungen geweckt werden. Der öffentliche Dienst sei Problem aller Parteien. Die Pensionslasten müßten wenigstens nachrichtlich ausgewiesen werden. Schleußers Verdienst sei, mahndend rechtzeitig darauf hinzuweisen. Das Pensionsdurchschnittsalter betrage zudem bereits 58 Jahre. Sieben Jahre früher als berechnet, fielen Kosten von 175 Prozent an. Die Rentenreform von 1992 sei eine Rentenkürzung bei den Angestellten um 20 Prozent gewesen. An den Unterschieden zu den Beamten drohe das innere Gefüge zu zerbrechen. Die Parteien sollten den Wettbewerb des Mehrgeldausgebens beenden.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) vermißte konkrete Anträge der F.D.P. in den Ausschußberatungen und kritisierte CDU-Ausnahmen bei zweiprozentiger Stellenkürzung. Die Personalkostenquote von 50 Prozent, Ausgaben durch Einnahmen geteilt, sei unsinnig. Steuereinnahmen allein seien nicht die richtige Zielgröße. Die Pensionslasten habe sich das Land selbst eingebrockt durch jahrzehntelangen Abbau von Angestelltenstellen. Selbst im Haushalt 1995 würden solche noch in 700 Beamtenstellen umgewandelt. Die Ergebnisse des Arbeitsstabs Aufgabenkritik seien für die Steuerverwaltung absurd. Die Mittel für Organisationsuntersuchungen sollten um 6,1 Millionen Mark gekürzt werden. Im Schulbereich fehlten laut Kienbaum 7 900 Stellen. Das Programm „Geld statt Stellen“ sei arbeitsmarktpolitisch eine Ungeheuerlichkeit. Die unzureichenden Betriebsprüfungen in NRW seien ein Skandal, die hinterzogenen Steuern erheblich.

Landtag

Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landtag entsprechend der Beschlußempfehlung (Drs. 11/8001) den Einzelplan 01 — Landtag — angenommen. Ein Änderungsantrag der GRÜNEN (Drs. 11/8157) wurde abgelehnt.

Stadtentwicklung und Verkehr

Auf die Bereiche Schüler- und Ausbildungsverkehr, Flughäfen, Straßen, U-Bahnbau und öffentlicher Personennahverkehr bezogen sich die drei Änderungsanträge, die CDU (Drs. 11/8152) und GRÜNE (Drsn. 11/8157 und 11/8164) vorgelegt hatten. Sie wurden

Fortsetzung Seite 10



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (im Bild links 5. v.r.) hat am 14. Dezember in der Eingangshalle des Landtags die Ausstellung „Neue Strecken — Neue Fahrzeuge — Neue Anschlüsse“ eröffnet. In ihrer Ansprache dankte die Präsidentin der Parlamentarischen Gruppe Bahn des Landtags, die diese Ausstellung initiiert habe. Es sei drei Jahre her, daß sich diese interfraktionelle Gruppe gebildet habe. Ziel sei es gewesen, die Abgeordneten verstärkt über Probleme und Planungen der Bahn zu informieren. Inzwischen gehörten der Parlamentarischen Gruppe Bahn 86 Mitglieder an. Frau Friebe dankte ferner dem Deutschen Verkehrsrat, einer unabhängigen Wirtschaftsvereinigung von 250 deutschen Unternehmen. Sie machte darauf aufmerksam, das Eintreten für die Entwicklung einer optimalen Verkehrsstruktur, in der sich Auto, Bahn, Flugzeug und Schiff arbeitsteilig ergänzten, werde im Rahmen dieser Ausstellung verdeutlicht. Das Bild zeigt die Präsidentin und Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD, 2. v.r.) im Kreis von Landtagsabgeordneten und Firmenvertretern. Rechts Verkehrsausschußvorsitzender Hans Jaax (SPD). Zur Ausstellung haben die Firmen ABB Henschel, Deutsche Bahn AG, DUEWAG AG, Siemens Verkehrstechnik, Talbot, der Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen e.V., der Bundesverband der deutschen Binnenschifffahrt e.V. sowie der Rhein-Ruhr Flughafen Düsseldorf und der Flughafen Köln/Bonn — Konrad Adenauer beigetragen. — Die Porträtsammlung des 1993 verstorbenen ehemaligen CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Albrecht Beckel ist am 14. Dezember im Foyer der CDU-Landtagsfraktion eröffnet worden. Beckel war langjähriger Oberbürgermeister der Stadt Münster, von 1968 bis 1972 Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und gehörte von 1970 bis 1990 dem Landtag an. Zuletzt war er Vorsitzender des Kulturausschusses. Privat sammelte Albrecht Beckel Künstlerbildnisse von Picasso bis Otto Dix, Max Beckmann, Max Liebermann, Lovis Corinth, Emil Nolde usw. Es finden sich auch Porträts von Schauspielern, Musikern, Dichtern und Politikern, so von Konrad Adenauer, gezeichnet von Oskar Kokoschka (Bild rechts). Daneben eine Büste des ersten Kanzlers (weiteres Bild).

Fotos: Schälte

Zweite Lesung ...

Fortsetzung von Seite 9

abgelehnt; angenommen wurde in der Schlußabstimmung der Einzelplan 15 entsprechend der Beschlußempfehlung (Drs. 11/8015).

Günter Langan (CDU) nannte die Erwartung, mit dem neuen Minister Kniola werde ein neuer Wind in der Verkehrspolitik des Landes wehen, einen „Trugschluß“: Nach wie vor verhindere die SPD-Landesregierung wichtige und notwendige verkehrspolitische Entscheidungen: „Verharrung, Erstarrung, Unbeweglichkeit, das kennzeichnet die Verkehrspolitik unseres Landes.“ NRW sei nach wie vor das „Stauland Nummer eins“, der öffentliche Personennahverkehr müsse ausgebaut und finanzierbar gehalten werden, moderne Verkehrstechnologien seien einzuführen, um unnötigen Verkehr zu reduzieren. Langes Urteil: „Die Landesregierung erkennt nicht, daß mit Investitionen in den Verkehrsbereich wichtige Entscheidungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes NRW getroffen werden.“ Die CDU wolle unter anderem den sechsstreifigen Ausbau aller belasteten Autobahnen und die Lückeschlüsse bei A 4, A 33, A 44, A 46, B 480 und A 52.

Manfred Hemmer (SPD) verteidigte die Kürzungen im Verkehrsbereich als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, dennoch werde die SPD auch im kommenden Jahr versuchen, ihre „gute und erfolgreiche Verkehrspolitik für die Bürgerinnen und Bürger des Landes fortzusetzen“. Was das Verhältnis von Auto und ÖPNV angehe, so strebe die SPD einen Sinneswandel in der Bevölkerung an, ohne dabei das Auto zu verteufeln; den Bürgern müsse die Benutzung des ÖPNV anstelle des Autos als ganz normaler Schritt zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation erscheinen. Das sei etwa durch Appelle, Tempolimit auf Autobahnen und flächendeckende Tempo-30-Zonen besser zu erreichen als durch einen Benzinpreis von fünf Mark. Zur Regionalisierung kündigte Hemmer ein Regionalisierungsgesetz des Landes an, es sollte nach Möglichkeit noch im Februar kommenden Jahres verabschiedet werden, da die Zeit dränge.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) griff den Landesverkehrsminister an: Er sage bewußt die Unwahrheit, bürste die Abgeordneten in „arroganter Weise“ bei Fragen ab und verweigere dem Parlament die Auskunft. Diese Erfahrung habe sie gemacht, als sie wissen wollte, wie die zukünftige Finanzierung von milliardenschweren ÖPNV-Projekten im Lande aussehen solle. Der Minister weigere sich zu sagen, „wie die Investitionen ab 1996 finanziert werden sollen und woher er die komplementären Mittel des Landes nehmen will“. Der Verkehrsetat könne deswegen in seiner Gänze nicht beurteilt werden, fand die Sprecherin.

Gisela Nacken (GRÜNE) sah im Verkehrs-etat die alte Politik des Sowohl-Als-Auch: „Straßenbau und Flugverkehr soviel wie möglich und öffentlicher Personennahverkehr soviel wie eben nötig, teilweise auch noch weniger.“ Ihre Fraktion werde darum den Antrag auf Erhöhung der Mittel für Schülerbeförderung auf den alten Stand stellen, „wir wollen nicht hinnehmen, daß



Ruth Witteler-Koch stellvertretende F.D.P.-Vorsitzende

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Landtagsabgeordnete, ist beim F.D.P.-Parteitag in Gera zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden der Bundespartei der Liberalen gewählt worden. Sie ist Nachfolgerin der F.D.P.-Politikerin und vormaligen Bundesministerin Irmgard Schwaetzer. Frau Witteler-Koch setzte sich mit 355 Stimmen gegen den rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Rainer Brüderle durch. Die gebürtige Iserlohrerin und Werbefachfrau trat 1975 in die F.D.P. ein. Zehn Jahre später rückte sie über die Landesreserveliste in den nordrhein-westfälischen Landtag ein. Über den Landesfrauenausschuß kam die verheiratete Mutter zweier Kinder in die F.D.P.-Bundeskommission Gleichberechtigung und Familienpolitik, deren Vorsitz sie zur Zeit führt. Im Landtag war sie von 1985 bis 1990 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Heute ist die Abgeordnete mit Wahlkreis Mönchengladbach frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

dem öffentlichen Personennahverkehr aus fadenscheinigen Gründen Geld entzogen wird.“ Zur Förderung der Flughafenanbindung in Köln und Düsseldorf werde über eine halbe Milliarde aufgewendet, die dem ÖPNV fehlen werden, weil damit 3.000 modernste Linienbusse oder 300 Stadtbahnwagen bezuschusst werden könnten. In NRW brauche man die Verkehrswende: „Wir brauchen Reduktionsziele für den Straßenverkehr, nicht nur ein Management für den Zuwachs.“ Die Straßenneubaumittel des Landes sollten in Richtung Umweltverbund umgeschichtet werden.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) betonte, ein wesentlicher Teil der ab 1996 zur Verfügung zu stellenden Investitionsmittel werde durch das Landesregionalisierungsgesetz festgelegt; der Entwurf sehe für den Ausbau von Strecken 400, für Fahrzeuge 200 Millionen DM vor. Bevor er, Kniola, dazu abschließend Auskunft gebe, würde er gern abwarten, ob der Landtag dieses Gesetz auch tatsächlich so beschließt. Die Irritationen zuvor qualifizierte der Minister darum als „Verständnisproblem“. Zum Antrag der Grünen auf Kürzung um 100 Millionen im Landesstraßenbedarfsplan führte er als Konsequenz aus, dann könnte keine

einzig neue Maßnahme begonnen und im Umfang von 45 Millionen DM müßten bereits im Bau befindliche Maßnahmen gestoppt werden.

Bauen und Wohnen

Der Landtag hat in zweiter Lesung des Haushaltsentwurfs im Bereich des Ministeriums für Bauen und Wohnen unter anderem die Forderung der CDU abgelehnt (Änderungsantrag Drs. 11/8153), dieses Ressort in das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr einzugliedern. Zwei Änderungsanträge der Grünen wurden ebenfalls nicht angenommen (Drsn. 11/8157 und 11/8165); der Etat wurde verabschiedet, wie es die Beschlußempfehlung (Drs. 11/8014) vorsah.

Siegfried Zellnig (CDU) stellte mit Blick auf den Wohnungsmarkt in NRW fest, die Fakten belegten, daß die Regierung keine wirkliche Verbesserung erreicht habe und auch nicht erreichen werde, „weil Sie den Problemen hinterherlaufen, weil Sie stellenweise Gefangene Ihrer eigenen Ideologie sind“. So hänge die SPD seit 20 Jahren der überholten Faustformel an „Ein Drittel sozialer Wohnungsbau, zwei Drittel freifinanziert“. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sei NRW nicht bereit, „über eine vereinbarte Förderung mit weniger Staat, mit weniger Bindungen zu einem Mehr an Wohnungen zu kommen“. Das Fördersystem, an dem man festhalte, sei auf Dauer nicht zu finanzieren. Im Ländervergleich führe nichts um die Feststellung herum, daß NRW die geringste Eigentumsquote aufweise.

Gerd-Peter Wolf (SPD) zog eine andere Bilanz: Auch neutrale Sachverständige gingen davon aus, „daß dank der hervorragenden Wohnungsbaupolitik der Bauministerin in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2000 das Ende der Wohnungsnot in Sicht ist“. Auf dem Wohnungsmarkt habe man inzwischen eine Wende erreicht, denn die Schere zwischen Bedarf und Nachfrage gehe nicht mehr weiter auseinander. Das sei das Ergebnis der hartnäckigen Politik der Landesregierung. Es gebe keinen Grund, von Bewährtem abzugehen und sich auf die „Luftnummern“ der CDU einzulassen. Darum werde man die bisherige Wohnungsbaupolitik fortsetzen, im Interesse von Berechenbarkeit und Stetigkeit. „Wir sind stolz darauf, daß Wohnungspolitik in NRW und bundesweit mit dem Namen Brusis verbunden wird.“

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sah ebenfalls den Zeitpunkt für eine Abrechnung mit der Wohnungsbaupolitik des Landes gekommen. Der soziale Wohnungsbau sei „dringendst“ zu reformieren, aber die SPD verweigere sich diesem Anliegen. Es müsse nachdenklich stimmen, daß jährlich 22 Milliarden DM in den sozialen Wohnungsbau gesteckt würden, im Lande allein 200.000 DM in eine Sozialwohnung — da müsse man nach dem Sinn dieses hohen Subventionsbedarfs fragen, wenn es darum gehe, den wirklich Bedürftigen Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die hätten im Lande keine Chance, in eine solche Wohnung hineinzukommen, das sei fast wie ein „Lottogewinn“, weil unter den Nutznießern sehr viele Besserverdienende seien, „die häufig auch Ihrer Partei angehören“.

(Die Berichterstattung wird fortgesetzt)

Zähes Ringen der Opposition um Spielräume im Haushalt 1995

Riesenloch im Rechnungsjahr 1994 überschattete die Beratungen

Über die Schlußberatung des GFG 1995 im Ausschuß für Kommunalpolitik am Morgen berichtete Reinhold Trinius (SPD), der Kommunalausschuß empfehle, die CDU-Anträge abzulehnen und den SPD-Antrag anzunehmen, für den kommunalen Schulbau der nächsten vier Jahre zusätzlich 200 Millionen Mark als Verpflichtungsermächtigung einzustellen und die ersten 50 Millionen Mark mit einem qualifizierten Sperrvermerk zu versehen. Die CDU wollte, wie Leo Dautzenberg erläuterte, unter anderem die kreditierten Fehlbeträge bei den Zuweisungen 1994 und 1995 erst 1996 zu verrechnen. Der HFA schloß sich dem Votum des Kommunalausschusses an.

Die Grundsatzdiskussion über den Stellenplan, insbesondere die Umwandlung von Beamtenplanstellen in Angestelltenstellen, vertagte der HFA einvernehmlich. Ernst-Martin Walsken (SPD) meinte, „die Häuser“ sollten das Signal verstehen, das die Gewerkschaften seit Jahren gäben.

Vergeblich waren mehrere Beamte des Landesrechnungshofs (LRH) erschienen, um einen Mehransatz für Sachverständige und Gutachten wegen einer Prüfung im Baubereich zu erreichen. Sowohl der SPD-Sprecher als auch der Finanzminister hielten die LRH-Ausstattung und vorhandene sonstige Prüfungsmöglichkeiten für ausreichend. Der Protest von CDU-Abgeordneten nützte nichts. Peter Bensmann (CDU) bezeichnete die Ablehnung der auch von den Grünen befürworteten zusätzlichen 470 000 Mark als unverantwortlich.

Nach der Annahme des in zweiter Lesung mit zahlreichen meist kostenneutralen Änderungen an einzelnen Titeln versehenen Haushaltsentwurfs 1995 durch die SPD-Mehrheit erörterten die Haushaltspolitiker unter „Verschiedenes“ die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Parlaments über die künftige Verwendung des Ständehauses. Reinhold Trinius (SPD) gab zu bedenken, daß es nicht nur um fiskalische, sondern auch um politische Gesichtspunkte gehe. Der HFA erbat die bereits erwähnten Synopsen vom Finanzminister.

Anschließend teilte Finanzminister Heinz Schleußer mit, bei den in den Fraktionen bereits bekanntgewordenen überplanmäßigen Sozialhilfekosten für Asylbewerber gehe es um Erstattungen zwischen 250 und 400 Millionen Mark. Die im Haushalt 1994 veranschlagten Mittel dafür seien fast verbraucht. Wie das neue Haushaltsloch 1994 zustande gekommen ist, erläuterte Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium). Leo Dautzenberg (CDU) und Reinhold Trinius (SPD) hatten namens ihrer Fraktionen Erklärungen erbeten und nach Gründen für das Zustandekommen der hohen Forderungen gefragt. Riotte antwortete, es handele sich um Erstattungen aus dem Zeitraum vor 1994, wofür eine Schlußfrist gesetzt worden sei, sowie um Erstattungen für das erste Halbjahr 1994 sowie die Abschlüsse für das zweite Halbjahr. Nach dem Flüchtlingshilfegesetz des Landes würden seit dem 1. November 1993 nur noch Sachleistungen erstattet. Der Anspruch darauf sei jedoch nahezu unbegrenzt. Möglichkeiten, die Zahlen bei den Gemeinden zu überprüfen, habe der IM nicht. Er stütze sich auf die kommunalen

Kaum in weihnachtlicher Stimmung, sondern eher im Katzenjammer endete die letzte Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) am 16. Dezember. Ein im letzten Moment bekanntgewordenes Haushaltsloch in dreistelliger Millionenhöhe im laufenden Jahr 1994 überschattete die Schlußberatungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) und des Haushaltsentwurfs 1995. — Einige noch von der CDU und den Grünen eingebrachte Änderungsanträge zum Haushalt 1995 lehnte die SPD-Mehrheit ab und beschloß einen Mehransatz für kommunalen Schulbau. — Zur Entscheidung über die künftige Verwendung des Ständehauses erbat der HFA eine Übersicht über die Beschlußlage seit 1989 (SPD-Antrag) und eine Gegenüberstellung des Raumbedarfs der Landesregierung seit 1989 (CDU-Antrag). — Als neues Mitglied im HFA begrüßte Vorsitzender Franz Riscop (CDU) den Abgeordneten Dr. Hans-Dieter Fischer (CDU), der für Hartmut Schauerte nachrückte und dem Landtag bereits früher angehört hat.

Rechnungsprüfungsämter, deren Aufstellungen von den Hauptverwaltungsbeamten mit Unterschrift bestätigt werden müßten.

Karl Meulenbergh und Leo Dautzenberg (beide CDU) wiesen auf hohe Außenstände in einigen Kreisen und Antworten auf Landtagsfragen hin, bis 1991 sei alles abgerechnet. Dautzenberg wollte auch wissen, wieso es keine Vorgaben zur Höhe der Erstattung gegeben habe und damit dieses Faß geöffnet worden sei. Gisela Meyer-Schiffer (SPD) fragte, ob die Zahl der angegebenen Asylbewerber nicht zu kontrollieren sei. Reinhold

rium für Bundesangelegenheiten und den Landesrechnungshof zusammen veranschlagt sind. Ein anderer Vergleich: Rund 400 Millionen Mark macht der gesamte, an alle Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs in NRW ausgezahlte Ausgleich für Schülerfahrten aus. Angesichts dieses Riesenlochs im laufenden Haushaltsjahr sank die Stimmung nicht nur bei Abgeordneten, die sich in den letzten Wochen in zähen Verhandlungen um einzelne Posten des Haushalts und häufig viel geringere Ansätze bemüht hatten. Die Oppositionsfraktionen hat-



Die gute Stimmung zu Beginn der Ausschußsitzung, im Bild Vorsitzender Franz Riscop (CDU, Mitte) und Finanzminister Heinz Schleußer im Gespräch mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Reinhold Trinius (vorn v. hinten) war verfliegen, als ein Riesenloch im laufenden Haushaltsjahr bekanntgeworden war.

Foto: Schälte

Trinius (SPD) fragte nach Auffälligkeiten bei unplausiblen Ansprüchen und hielt auch angesichts von unbegrenzter Höhe bei Sachleistungen den wirtschaftlichen und zweckmäßigen Umgang mit öffentlichen Mitteln für gegeben. Stefan Frechen (SPD) stellte angesichts der „abenteuerlichen“ Summen ein gewisses Unverständnis sogar beim Innenministerium fest und fragte nach der grundsätzlichen Haushaltssicherheit für 1995. Reinhold Trinius (SPD) regte an, auch der Landesrechnungshof solle sich mit dem Problem befassen.

400 Millionen Mark sind im Haushalt des Landes NRW soviel, wie an Ausgaben für den Landtag, die Staatskanzlei, das Ministe-

ten in unterschiedlicher Breite alternative Haushaltsschwerpunkte vorgelegt (siehe Plenarberichterstattung in dieser und der nächsten Ausgabe von „Landtag intern“).

Ombudsleute

Die Ombudsleute Dr. Werner Moser und Dr. Adolf Wirth aus der Schweiz hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zu Beginn der Plenarsitzung am 14. Dezember „ganz besonders herzlich begrüßt“. Sie verfolgten als Gäste auf der Tribüne die Debatte.

Sachverständige äußern sich zur Berufsrolle von Notar und Rechtsanwalt

Der Rechtsausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 23. November zum einen in einer Sachverständigenanhörung mit der Frage der gemeinsamen Berufsausübung von Nur-Notaren, wozu schriftliche Stellungnahmen vom Präsidenten der Hamburgischen Notarkammer, Dr. Arnold Sieveking, vom Präsidenten der Rheinischen Notarkammer, Dr. Schmitz-Valckenberg, sowie vom Justizminister vorlagen. Als Sachverständige standen den Mitgliedern Dr. Walter Schmitz-Valckenberg und Dr. Vaasen, Präsident der Bundesnotarkammer, für Fragen zur Verfügung. Im zweiten Teil der Sitzung wurden neben dem Haushaltsgesetz 1995 die Anträge „Landes-Anti-Diskriminierungs-Gesetz Nordrhein-Westfalen (LADG NRW)“ (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), „Den Teufelskreis durchbrechen – für eine neue Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen“ (Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und „Konzeption zur Bekämpfung der Massenkriminalität“ (Antrag der CDU-Fraktion) abschließend beraten.

Der Präsident der Rheinischen Notarkammer, Dr. Schmitz-Valckenberg, wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die Existenz der beiden in Nordrhein-Westfalen nebeneinander bestehenden Gebiete „Nur-Notare“ und „Anwaltsnotariate“ geschichtliche Gründe habe; die Zweiteilung in das Anwalts- und das Nur-Notariatsgebiet war vom Bundesgerichtshof grundsätzlich als rechtens bewertet worden. Dr. Schmitz-Valckenberg betonte, der Notar sei wie ein Richter Träger eines öffentlichen Amtes und dadurch gebunden. Eine Gleichsetzung des Notarberufs mit dem Beruf des Rechtsanwalts sei demnach nicht zulässig, da der Rechtsanwalt zwangsläufig parteiisch sei. Dr. Schmitz-Valckenberg äußerte – sollte es zu einer Erweiterung der Möglichkeiten zur gemeinsamen Berufsausübung auf mehr als zwei Notare in einer Sozietät kommen – besonders für die Neubesetzung frei werdender Notarstellen Bedenken hinsichtlich des

Kammersprecher melden Bedenken an gegen mehr als zwei Notare in Sozietät

bisherigen Besetzungsgrundsatzes, nachdem die Qualifikation der Bewerber/innen für die Auswahl durch den Justizminister entscheidend sei und persönliche Beziehungen und finanzielle Zuwendungen keine Rolle spielten. Mit zunehmender Sozietätsgröße werde das Anforderungsprofil zunehmend von den Sozietäten bestimmt. Die Entscheidung für die Besetzung einer freien Notarstelle werde damit im Vorfeld, rechtlich nicht überprüfbar, getroffen. Letztlich bestehe die Gefahr der Käuflichkeit und der Vererblichkeit der Ämter. Damit gehe auch die Gefahr der Kartellbildung von Großstadtnotaren einher.

Dr. Vaasen unterstrich, daß das BGH-Urteil die gegenwärtige Praxis nicht nur billige, sondern daß es die Entscheidung des Justizministeriums hinsichtlich der Begrenzung der Sozietätsgrößen innerhalb des Nur-Notargebiets aus sachlich überzeugenden Gründen für richtig halte. Erfahrungen der Stadtstaaten seien auf Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen nicht übertragbar. Zwei Drittel der Notare übten ihr Amt in Großstädten aus. Der von Befürwortern der Großsozietäten vorgetragene Einwand, kleine Notarkanzleien würden den wachsenden Anforderungen nicht gerecht und führten zu einer Benachteiligung der Kund/innen sowie der Hinweis auf vermeintliche Defizite hinsichtlich der europäischer Anforderungen, träfen nicht zu. Das rheinische Notariat habe frühzeitig auf Veränderungen reagiert. Die Fortbildungseinrichtungen der Notarkammern reagierten kurzfristig auf Gesetzesänderungen unter anderem mit entsprechenden Fortbildungsangeboten; die „Nur-Notare“ könnten auf einen reichhaltigen Publikationsstand zurückgreifen. Das Deutsche Notarinstitut beantworte Anfragen von Notaren binnen kürzester Frist ausführlich. Zudem verfügten Notare heute über vielfache Zusatzqualifikationen. Darüber hinaus existierten vielfältige Kontakte zu ausländischen Kolleginnen und Kollegen, die neben den persönlichen Kontakten auch über Kongresse gepflegt würden. Abschließend wies Dr. Schmitz-Valckenberg darauf hin, daß es bei den – in ihrer Sozietätsgröße nicht begrenzten – Hamburger Sozietäten, zu einem Mißbrauch der Gebührensätze gekommen sei.

Dr. Dieter Haak (SPD) faßte die Ausführungen und das Fazit der Sachverständigen pointiert zusammen: die Referenten befürchteten, daß sich zwar de jure nichts ändere, de facto jedoch schon. Roland Appel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gab zu bedenken, daß mit der Freigabe der Sozietätsgröße die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses bzw. der wirtschaftlichen Konzentration verbunden sei – ein Aspekt, der nicht vernachlässigt werden dürfe. Manfred Ludwig Mayer (SPD) konstatierte, daß es um das öffentliche Amt gehen müsse und nicht um die Frage der Gemeinschaftsgröße. Zudem gelte es zu bedenken, inwieweit die

freie Berufswahl tangiert sei und ob die durch das Zusammenwachsen Europas entstehenden Anforderungen Berücksichtigung fänden. Helmut Diegel (CDU) betonte, daß sich das BGH-Urteil von 1994 einer Liberalisierung nicht entgegen stelle. Er wies darauf hin, daß die Hamburger Notariatssozietäten durchaus andere Erfahrungen machten als die Rheinische Notarkammer befürchte. Er hinterfragte, warum es weiterhin eine künstliche Grenze zwischen Anwalts- und Nur-Notariaten geben solle, zumal sich daraus die Argumentation ableiten lasse, daß Anwaltsnotariate weniger qualitativ arbeiten, was seiner Meinung nach nicht der Fall sei.

Die stellvertretende Vorsitzende, Marlis Robels-Fröhlich (CDU), zog für das weitere Verfahren das Resümee, daß die Stellungnahmen der Experten zunächst in den Fraktionen ausgewertet und diskutiert werden sollten und danach, bei entsprechendem Einbringen durch die Fraktionen, die Thematik im Rechtsausschuß wieder aufgegriffen und beraten werden sollte.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Landes-Anti-Diskriminierungs-Gesetz Nordrhein-Westfalen (LADG NRW)“ – Drs. 11/3048 – mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Nichtanwesenheit der Fraktion der F.D.P. und Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Nichtanwesenheit der Fraktion der F.D.P. und Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Den Teufelskreis durchbrechen – für eine neue Drogenpolitik in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/3799). Der Antrag der Fraktion der CDU „Konzeption zur Bekämpfung der Massenkriminalität“ (Drs. 11/2933) wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Nichtanwesenheit der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Bauordnung: Anregungen aufgegriffen

Mit Vorlage 11/3515 hat die Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis (SPD), zu den Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zur Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren im Rahmen der Novelle zur Landesbauordnung (Drs. 11/7153) ausführlich Stellung genommen. Sie schlägt vor, den Anregungen insoweit zu folgen, als in einer Reihe von Vorschriften die Ermessensentscheidung der Bauaufsichtsbehörde über Abweichungen in Zulässigkeitstatbestände umgewandelt oder gestrichen werden kann. Weiter enthält die Vorlage Anmerkungen zum Sachverständigenwesen, zur Freistellung von der Genehmigungspflicht, zur Bauvorlagenberechtigung sowie zur Aufzugspflicht beim Dachgeschoßausbau. Mit den Anregungen im einzelnen wird sich der federführende Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen am 18. Januar befassen.

Japan-Reise selbst bezahlt

An alle, die es nicht glauben wollen: Die Reise des FC Landtag nach Japan (Landtag intern Nr. 21) wurde von den Teilnehmern privat bezahlt. Steuergelder sind nicht geflossen.

Bodo Champignon neuer AWO-Bezirksvorsitzender

Der Dortmunder SPD-Landtagsabgeordnete Bodo Champignon ist auf der Bezirkskonferenz des Bezirksverbandes Westliches Westfalen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Bei der Wahl zur Spitzenfunktion des größten AWO-Verbandes in Hagen erhielt Champignon 232 von 255 Stimmen. Als einer der Stellvertreter wurde der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Willi Pohlmann aus Herne gewählt.

Hauptausschuß beriet Wahlkreisgesetz — Die Zahl der Mandate

Weitgehende Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise soll zur Landtagswahl im Jahre 2000 erfolgen

Für die übernächste Landtagswahl im Jahre 2000 soll eine weitgehende Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise erfolgen. Von den bestehenden 151 Wahlkreisen sollen nach dem vorläufigen Konzept der Landesregierung 79 Wahlkreise neu abgegrenzt werden. Der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) beriet in einem ersten Durchgang eine neue Wahlkreiseinteilung anhand eines Antrages der CDU-Fraktion sowie von Gesetzentwürfen der F.D.P.-Fraktion und der Landesregierung. Das letztere Papier wurde zur Grundlage der Beratungen. Einig waren sich die Fraktionen, daß künftig Abweichungen von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl von mehr als 20 Prozent vermieden werden sollen. Doch unüberhörbar wurden von der Opposition auch Forderungen erhoben. So verlangte die CDU, daß in den Regionen Münsterland und Bonn/Rhein-Sieg je ein zusätzlicher Wahlkreis vorgesehen werde. CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi meinte in Richtung SPD-Mehrheit, sie wäre dankbar, wenn die SPD sich „zumindest in weihnachtlichem Geiste“ zu mehr Gerechtigkeit für die Bürger in Nordrhein-Westfalen entscheiden könne. Vorsitzender Grätz kontierte trocken: „Wenn die Entscheidung fällt, ist Weihnachten vorbei“.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNE-Fraktion, Dr. Michael Vesper, leitete die Grundsatzdebatte ein, nachdem sich der Hauptausschuß zuvor mit der mehr formalen Frage beschäftigt hatte, ob die Kommunalen Spitzenverbände, durch ein Schreiben der Landtagspräsidentin informiert, überhaupt ihre Mitgliedskommunen über das anstehende Gesetzesvorhaben und die Beratungen im Hauptausschuß aufgeklärt hätten. Vesper bekräftigte, man schließe sich dem weitestgehenden Antrag an, nur noch 201 Wahlkreise einzurichten, „einfach um das Verhältnis zwischen Direktmandat und Listenmandat auf 1 : 1 zu stellen“. Das halte er nach wie vor für das sauberste Verfahren, weil es dazu führe, daß nicht am Wahlabend durch den Computer des Landeswahlleiters festgelegt werde, wie groß der Landtag sei, „also durch den Kommissar Zufall“. Als zweite Frage stellte sich die für Vesper, den Rahmen von 33 1/2 auf 20 Prozent nach oben und unten zu verkürzen. Diese Verkürzung des Rahmens werde von allen befürwortet. Die Ein-Drittel-Abweichmöglichkeit sei seines Erachtens verfassungswidrig, weil sie dazu führe, daß der eine Wahlkreis halb so groß sein könne wie der andere oder der andere doppelt so groß wie der eine. Da gehe es halt um den Zeitpunkt, meinte Vesper, ob bereits jetzt für 1995 oder erst für das Jahr 2000, „was ich für viel zu spät halte“. Das Anliegen der CDU sei und bleibe, die abenteuerlichen Verhältnisse in NRW aufgrund des geltenden Wahlkreisgesetzes, „und wie wir mit Bedauern feststellen, auch des jetzt vorliegenden Entwurfes“, zu än-



Meinungsaustausch vor Beginn der Sitzung: v.l. der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klöse und der SPD-Abgeordnete Hans Kern. In der Mitte im Hintergrund die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi.
Foto: Schälte

dern, damit die Bürger in NRW nicht ungleich behandelt würden, sagte die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hieronymi. Sie suchte das an „zwei wesentlichen Punkten“ zu belegen. Sie nannte die Tatsache, daß man mittlerweile einen Landtag habe, der nicht vier oder fünf Ausgleichsmandate habe, das wäre ja alles vertretbar. Sie schloß: „Daß wir aber mittlerweile bei 239 Mandaten sind, wo wir 201 haben sollen, das kann keine Entwicklung sein, die auf Dauer gegenüber dem Bürger vertretbar ist.“ Diese Entwicklung verzerre die tatsächlichen Wahlergebnisse. Sie verzerre die Verhältnisse nicht, weil die SPD so viele Direktwahlergebnisse gewonnen habe, sondern das liege an dem Zuschnitt der Wahlkreise, so wie sie bisher gewesen seien und wie sie jetzt noch einmal fortgeschrieben werden sollten. Man brauche sich nur anzusehen,

Klare Verhältnisse

wieviele Bürger man gewinnen müsse, um einen Wahlkreis in NRW für die SPD und für die CDU zu gewinnen. „Wir haben einen durchschnittlichen Unterschied von 17 000 Stimmen“, mit denen ein CDU- und ein SPD-Wahlkreis in NRW gewonnen werden müßten. Die CDU-Sprecherin folgerte, man habe hier eine durchgängige, massive Benachteiligung derjenigen, die in einem Wahlkreis die Verantwortung der Union oder der SPD übertragen wollten. Um diese Ungerechtigkeit abzubauen, brauche man einen anderen Zuschnitt der Wahlkreise. Sie schlug ferner vor, den Landtag tatsächlich auf 201 Mandate zu beschränken und einen Ausgleich zwischen Listen- und Wahlkreismandaten herbeizuführen.

Der Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde (F.D.P.) wollte „wenigstens in einem Punkte“ vor Weihnachten noch Klarheit bekommen. Er appellierte an das „besondere Verantwortungsbewußtsein“ des SPD-Abgeordneten Büssow und schloß die Frage an, wenn man den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Grundlage der Verhandlungen erklären wolle, ob damit dann der Antrag der CDU und der Gesetzentwurf der F.D.P. abgelehnt seien? Büssow bestätigte, gleichsam über den Tisch hinüber, diese Annahme. „Wirklich?“, meinte Rohde und schloß nicht ohne ironischen Unterton: „Das enttäuscht mich natürlich vor Weihnachten.“

SPD-Obmann Jürgen Büssow setzte zu Beginn seiner Analyse einen ungewöhnlichen Akzent. Er machte deutlich, daß er eigentlich für das Mehrheitswahlrecht sei. Da hätte man klare Verhältnisse und eine stabile Regierung. Er habe schon einmal vorgeschlagen, man könne das durch mehr plebiszitäre Elemente kompensieren. Leider habe er keine Zustimmung bekommen. Büssow erläuterte dann: „Unser System ist so, daß keine Stimmen verloren gehen“, auch wenn die Wahlkreise nicht alle ganz gleich geschnitten seien. Der Politiker berichtete, daß der bevölkerungsmäßig größte Wahlkreis der Wahlkreis 61 Viersen II sei, der bei der letzten Landtagswahl von der SPD gewonnen worden sei. Der größte von der CDU gewonnene liege in der Tat im Rhein-Sieg-Kreis. Wenn man mal die großen Wahlkreise abziehe, wenn man die 17 Prozent plus-minus mal abzähle, dann habe man acht Wahlkreise bei der CDU, die groß seien, „aber bei der SPD auch“. Der Rest seien die kleineren. Bei den großen Wahlkreisen habe man eine fast annähernd gleiche Verteilung im Bereich plus 17 bis 20 Prozent. Aber es falle

Fortsetzung Seite 14

Anwohner der Hoesch-Sinteranlage sollten Sicherheit über Prüfung von Dioxinimmissionen erhalten

Während der 40. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II „Dioxin“ unter der Leitung des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) stand am 9. Dezember erneut die Rolle des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) im Mittelpunkt. Als Zeugen wurden Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) sowie der MAGS-Mitarbeiter Dr. Helmut Weber gehört. Beide standen dem Ausschuß zum wiederholten Mal Rede und Antwort.

Minister Müntefering schilderte zunächst die Richtlinien der Landesregierung für die Vergabe von Gutachten. Wenn die Notwendigkeit eines solchen Auftrags „nach außen“ festgestellt sei, müsse geprüft werden, ob der Auftrag an eine in Nordrhein-Westfalen ansässige Institution vergeben werden könne und ob eine Ausschreibung erforderlich sei oder eine freihändige Vergabe genüge. Ferner müsse sich der Auftraggeber, das bedeute das Ministerium, die Überwachung des Vorhabens sichern, damit die Ausgangsfragestellung hinreichend beantwortet werde.

Im konkreten Fall der Dioxin-Studie sei eine beschränkte Ausschreibung unter drei Bewerbern erfolgt, von denen der preiswerteste den Zuschlag erhalten habe, erklärte Müntefering.

Der Anlaß für die Studie habe darin bestanden, den Anwohnern der Hoesch-Sinteranlage in Dortmund-Scharnhorst die Sicherheit zu vermitteln, daß Dioxinimmissionen bei ihnen geprüft würden. Nach Meinung des zuständigen MAGS-Beamten und Referatsleiters für Arbeitsmedizin Dr. Weber habe jedoch bereits im Vorhinein aufgrund vorliegender wissenschaftlicher Erkenntnisse festgestellt, daß von der Sinteranlage keine Gefährdung der Bevölkerung ausgehe.

Müntefering erklärte, daß Weber den Gutachtern hinsichtlich der ermittelten Ergebnisse keine Vorgaben machen können. Jedoch habe Weber Empfehlungen zur Art und Weise der öffentlichen Vermittlung der Ergebnisse geben dürfen.

Hierbei entstand nach Worten des Ausschußmitglieds Bärbel Höhn (GRÜNE) der Eindruck in der „subjektiven Wahrnehmung der unteren Behörden“, namentlich des Dortmunder Gesundheitsamts, sie würden durch Dr. Weber vom MAGS „unter Druck gesetzt“.

Weber bestritt während seiner Vernehmung mehrfach, jemals Druck ausgeübt zu haben. Hierbei verwies er auf die weitgehende Autarkie der Gesundheitsämter sowie auf seine dienstliche Erklärung, auch auf Gutachter keinen Druck ausgeübt zu haben. Er könne sich auch nicht erklären, weshalb bei mehreren Personen habe überhaupt der Eindruck entstehen können, er habe Presionen auf sie ausüben wollen.



Minister Franz Müntefering (SPD)

Die Leiterin des Dortmunder Gesundheitsamts habe er lediglich gebeten, sich an die Erkenntnisse ihrer eigenen Fachleute zu halten, insbesondere hinsichtlich der vom Gesundheitsamt bekanntgegebenen Vorsorgemaßnahmen, selbstgezoogenes Obst zu schälen und auf den Verzehr bestimmter Gemüsesorten ganz zu verzichten. Laut Weber trügen derartige Empfehlungen nicht zur Beruhigung, sondern vielmehr zur Beunruhigung der Bevölkerung bei.

Darüber hinaus versuchten mehrere Ausschußmitglieder die Frage zu klären, ob die Aussagen des MAGS zur Unbedenklichkeit der Dortmunder Dioxinwerte objektiv und wissenschaftlich fundiert seien oder vielmehr auf der Interpretation durch Dr. Weber beruhten. Es wurde in Frage gestellt, ob das MAGS an größtmöglicher wissenschaftlicher Pluralität interessiert sei, da bei zahlreichen Studien immer wieder dieselben Autoren vorkämen.

Weber erklärte diesen Umstand damit, daß erstens wegen der Begünstigung von in NRW ansässigen Instituten und zweitens wegen der geringen Zahl qualifizierter Anbieter die Variationsmöglichkeiten bei der Auftragsvergabe gering seien.

Wahlkreise...

Fortsetzung von Seite 13

keine Stimme herunter und der Gesetzentwurf versuche ja nun, das Problem der Übergang- bzw. der Ausgleichsmandate zu verkleinern, indem man sich die Marge setze: plus-minus 20 Prozent. Büssow wandte sich gegen eine stärkere Betonung des relativen Wahlrechts über Listen. Es sei ein besonderes Zeichen des Landes seit 1946, „daß wir dieses Wahlrecht haben, daß wir mehr Menschen in 151 Wahlkreisen direkt wählen“. Dieses Land habe auch geprägt, daß die Leute direkt aufgestellt würden, in den Parteien, in den Wahlkreisen. Büssow unterstrich den „selbstbewußten Look“ von Abgeordneten hierzulande. Sie müßten mit ihrer eigenen Bevölkerung in den eigenen Unterbezirken zurechtkommen. So kämen ganz andere Charaktere von Politikerinnen und Politikern bei diesem Wahlsystem zum Tragen als in anderen Bundesländern. In Baden-Württemberg z.B., wo kaum ein einziger von der SPD mehr direkt in den Landtag komme, müßten sich Abgeordnete nach ganz anderen Kriterien orientieren. Büssow bezeichnete die Politikerinnen und Politiker aus NRW insgesamt als „bodenverhaftet“ und „mit konservativen Einschlägen“. Die Parteien seien relativ nahe bei der Bevölkerung.

Der SPD-Abgeordnete Hans Kern machte darauf aufmerksam, daß die Wahlkreise für den Landtag in Nordrhein-Westfalen halb so groß seien wie für den Bundestag. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellig gab seiner Überzeugung Ausdruck, die Väter der Landesverfassung hätten sich etwas dabei gedacht, als sie bei der Einführung der Wahlkreise bewußt von der Bundesregelung abgewichen seien. Landeswahlleiter Hans Engel vom NRW-Innenministerium versicherte, die „Mühewaltung“ der Landesregierung gehe dahin, möglichst schonend mit den Wahlkreisen umzugehen. Vorsitzender Reinhard Grätz sah voraus, daß es in Zukunft zu größeren Grenzüberschreitungen zwischen kreisfreien Städten sowie Städten und Kreisen kommen werde. Er erinnerte gleichzeitig daran, daß bei grenzüberschreitenden Lösungen die Siedlungsverflechtung eine große Rolle spielen müsse.
(Drs. 11/5924, 5949 und 7739)

Norbert Giltjes (CDU), Landtagsabgeordneter, ist neuer schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Er hat diese Funktion von der Abgeordneten Beatrix Philipp übernommen, die in den Bundestag gewählt worden war. Seine Aufgabe als europapolitischer Sprecher hat der Emmericher Giltjes an die CDU-Abgeordnete Ilka Keller aus Swisttal-Heimerzheim abgegeben. Neuer verkehrspolitischer Sprecher der CDU ist Günter Langen aus Medebach als Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Heinrich Dreyer.

Leser schreiben...

Stadtrat

In der Ausgabe vom 15. November 1994, Seite 11, verwenden Sie die Begriffe „SPD-Fraktion im Stadtrat von Remscheid“ und „F.D.P.-Fraktion im Stadtrat von Bonn“. Beides sind „Kreisfreie Städte“, und beide verwenden den Begriff „Stadtrat“ als Dienstbezeichnung für die Beigeordneten ihres

Oberstadtdirektors. Der Volksmund und auch die Zeitungen verwenden den Ausdruck „Stadtrat“ üblicherweise als Bezeichnung für den Rat der Stadt. So sollte es meines Erachtens auch generell sein.

(„Leserbriefe müssen nicht in jedem Fall mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Auswahl und Kürzungen bleiben vorbehalten“)

Sonderschulbedürftigkeit

Die Berichte der schulfachlichen Dezernenten der Bezirksregierungen wiesen auf eine deutliche Zunahme der Anmeldungen zur Einleitung der Verfahren zur Überprüfung der Sonderschulbedürftigkeit hin. Das geht aus der Antwort des Kultusministeriums auf eine Kleine Anfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen hervor (Drs. 11/7581).

Acht neue Flugsteige für Flughafen Köln/Bonn

„Für mich gelten die Entscheidungen des Landtags und der Landesregierung“, sagte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) in der von Hannelore Brüning (CDU) beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Zukunft des internationalen Flughafens Münster/Osnabrück“. Die Abgeordnete hatte auf die neue rotgrüne Mehrheit im Kreis Steinfurt hingewiesen, die sich gegen den weiteren Ausbau ausgesprochen habe. Wie in der NRW-Luftverkehrskonzeption festgelegt, bleibe es, so Kniola, beim Bau des neuen Abfertigungsgebäudes, der beantragten Verlängerung der Start- und Landebahn und einem Autobahnanschluß für den Flughafen Münster/Osnabrück.

Die von Hans Jaax (SPD) geleitete Sitzung des Verkehrsausschusses am 8. Dezember fand im Konferenzraum des Konrad-Adenauer-Flughafens Köln/Bonn statt. Zuvor erfolgte eine Kurzbesichtigung des „Regierungsflughafens“, der sich noch 1980 im „Dornröschenschlaf“ befunden hat.

Davon ist jetzt, so war den Ausführungen der Geschäftsführer Günter Schade und Heinz Gombel zu entnehmen, keine Rede mehr. Der zweitgrößte NRW-Flughafen plant das größte Bauvorhaben seiner Geschichte mit einem Volumen von 506 Millionen Mark aus eigenen Mitteln. Am neuen Terminal, einem Anbau am nördlichen Schenkel, sollen acht zusätzliche Fluggastbrücken entstehen. Für das Jahr 2000 wird mit 7,5 Millionen Fluggästen pro Jahr gerechnet. Aber auch der Frachtverkehr ist „exorbitant“ angestiegen. Von allen deutschen Flughäfen wächst Köln/Bonn am schnellsten.

Fortsetzung Seite 16

Hearing zu Änderung des Wasserrechts

Am 20. Dezember hat der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) eine öffentliche Anhörung veranstaltet (ausführlicher Bericht folgt). Gegenstand waren der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung und Ergänzung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften (Drs. 11/7653) und das Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, dessen Entwurf die CDU-Fraktion (Drs. 11/6812) vorgelegt hat. Dabei geht es im wesentlichen um die Umsetzung des Rechts der Europäischen Gemeinschaft, das zum Ziel hat, die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts zu schützen und bewirtschaften zu können, „daß es dem Wohl der Allgemeinheit und im Einklang mit ihm auch zum Nutzen einzelner dient und daß jede vermeidbare Beeinträchtigung unterbleibt“. So ist bei der Änderung des Landeswassergesetzes etwa vorgesehen, die Umweltverträglichkeitsprüfung auf umweltrelevante Änderungen von Rohrleitungsanlagen einzuschränken und Niederschlagswasser mit Regelungen für neue und bestehende Baugebiete ortsnah zu beseitigen; ein weiterer Punkt ist die Regelung der Abgabefreiheit bei Aufbringung von Klärschlamm aus Kleinkläranlagen landwirtschaftlicher Betriebe.

NRW-Strukturwandel Vorbild für Südeuropa Unternehmen als Partner in Europa

Nach Bilbao im November 1994 findet das nächste Europartnariat, eine mit EU-Mitteln unterstützte Börse zum Erfahrungsaustausch und zur Unterstützung der Kooperation europäischer Unternehmen, im März 1995 in Dortmund statt. Vorgespräche führten bereits Mitglieder des Wirtschaftsausschusses bei ihrer Informationsfahrt nach Spanien und Portugal (Fortsetzung des Berichts aus der vorigen Ausgabe).



Der Präsident des katalanischen Parlaments Xicoy i Bassegoda (r.) überreichte dem Vorsitzenden Dr. Jürgen Schwericke (CDU) einen Bildband.

Ähnlich autonomieinteressiert und nationalbewußt wie Katalonien stellte sich die dritte Station der Reise dar: das Baskenland. Auch hier spielt sich das öffentliche Leben zweisprachig ab, wenn auch z. B. in Bilbao die baskische Sprache (Euskera) bei weitem nicht so häufig gesprochen wird wie Katalan in Barcelona. In Vitoria/Gasteiz, der eigentlichen Hauptstadt des Baskenlandes, wurde die Kommission im Parlament vom Präsidenten und Vertretern der Parlamentsverwaltung empfangen, obwohl sich das Parlament nach den kurz zuvor stattgefundenen Wahlen noch nicht neu konstituiert hatte. In Bilbao, der wirtschaftlichen Metropole des Baskenlandes und Hauptstadt der Provinz Vizcaya, drehte sich wieder alles um den Strukturwandel. Nach eigenen Aussagen vom Vorbild Nordrhein-Westfalens inspiriert sucht man in der Region Bilbao den regionalen Konsens durch eine Form des Public Private Partnership. Ein von beteiligten Kommunen, weiteren staatlichen Stellen, wis-

senschaftlichen Institutionen und privaten Unternehmen getragenes Steuerungsgrremium — Bilbao Metropoli 30 — kümmert sich von der Flächenvermarktung über die Errichtung und Unterstützung eines Technologiezentrums bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit um alle Fragen des Strukturwandels. Ein Besuch des Technologieparks mit dem Schmuckstück der bisherigen Bemühungen — dem Europäischen Softwareinstitut — veranschaulichte den bis heute schon respektablen Erfolg der Arbeit von Bilbao Metropoli 30, obwohl natürlich noch viel zu tun bleibt.

Sozusagen einen Brückenschlag nach Nordrhein-Westfalen bot das Gespräch mit den Organisatoren der Ende November in Bilbao durchgeführten Unternehmenskooperationsbörse EUROPARTENARIAT — findet doch das nächste Europartnariat im März 1995 in Dortmund statt. Ein weiteres Mal wurde deutlich, daß Kooperationen — vor allem grenzüberschreitende Kooperationen — für kleine und mittlere Unternehmen in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Das von der Europäischen Kommission zweimal jährlich veranstaltete Europartnariat bietet zur Anknüpfung von Kontakten die geeignete Basis.

Von der Textilindustrie und all ihren Problemen geprägt bildete der Norden Portugals den Abschluß der Informationsreise. Neben Gesprächen mit dem Textilverband und der Repräsentanz der portugiesischen Zentralregierung in Porto eröffnete der Besuch eines kleinen Werks für Herrenoberbekleidung Einblicke in eine kaum weiter automatisierbare Produktionsform.

Ein umfang- und kontrastreiches Programm offenbarte bei dieser Reise Ähnlichkeiten und Unterschiede bei den Herausforderungen des Strukturwandels zwischen den einzelnen besuchten Regionen einerseits und den Regionen und Nordrhein-Westfalen andererseits.



Mitglieder der SPD und CDU des Wirtschaftsausschusses vor dem Technologiezentrum Bilbao, Mitte: Vorsitzender Dr. Jürgen Schwericke (CDU); die Vertreter der Fraktionen der F.D.P. und der GRÜNEN waren aus Termingründen verhindert.

Pferdezüchter-Eingabe Nur vierzehn Stuten für Vollbluthengst

Weil der Hengst Game Fox xx ihm nicht für 25 000 Mark verkauft, sondern statt dessen geschlachtet wurde, legte ein Pferdezüchter aus Westfalen gegen den Leiter des NRW-Landesgestüts Warendorf Beschwerde wegen Verschwendung von Steuern ein.

Der Hengst habe im Ankauf 80 000 Mark gekostet und hätte angesichts bester Gesundheit und bester Vererbung etwa 100 000 Mark eingebracht. Leider habe der Vollbluthengst, der sich sehr gut vererbte, zuletzt nur vierzehn Stuten bekommen und sei deshalb zum Schlachten abgegeben worden. Auch bei einem weiteren Hengst hätten Käufer dessen geringe Befruchtungsrate wegen sonst hervorragender Erbanlagen hingegenommen. Trotzdem sei dieser auch geschlachtet worden. Dem Landtag, dessen Agrarausschuß die Beschwerde als Zuschrift erhielt, gehören mehrere Abgeordnete mit Sachverstand und Reitererfahrung an. Adressat der Beschwerde ist jetzt das Landwirtschaftsministerium, nachdem der Petent keine Antwort auf sein Gebot von Mitte Oktober erhalten hat.

Acht neue Flugsteige ...

Fortsetzung von Seite 15

Angesichts der Liberalisierung durch den Europäischen Binnenmarkt rechnet die Geschäftsleitung mit der Übernahme der Bodenverkehrsdienste durch eine ausländische Firma und als Folge davon dem Verlust von Arbeitsplätzen. Nach der Frist von 24 Monaten für die Umsetzung der EU-Richtlinien in nationales Recht gebe es noch drei Jahre für die Umstellung, so daß sozialverträgliche Lösungen erhofft würden.

Für die Planung des Bahnhofs für die Schienenanbindung des Flughafens Köln/Bonn für IC und S-Bahn werden Einzelheiten baldmöglichst erwartet. Aus dem Verkehrsausschuß wurde auch nach neuen Zahlen bei Schallschutzmaßnahmen gefragt (weiterer Bericht folgt).

Bundesweiter Wettbewerb

Schüler-Theater

Bis zum 31. Januar 1995 können sich Schulklassen und Schülergruppen zur Teilnahme am 16. bundesweiten Wettbewerb „Schüler machen Theater“ des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft anmelden. Schirmherr ist Bundespräsident Dr. Roman Herzog. „Wichtig ist, daß Ihr mit Eurem Theater etwas mitzuteilen habt“, heißt es in der Einladung zum Theatertreffen vom 26. Mai bis 3. Juni 1995. „Es geht um Eure Sicht auf Selbsterlebtes, klassische Geschichten und neueste Texte, um Spiele, die Ihr selbst erfindet oder auf der Bühne improvisiert.“ Bewerbungsunterlagen gibt es bei: Berliner Festspiele GmbH, Theatertreffen der Jugend, Budapester Str. 50, D-10787 Berlin.

Petitionsausschuß Religiöse Gefühle evangelischer Bürger nicht so wichtig

Den Petitionsausschuß erreichte jetzt eine Beschwerde zweier Bürger aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis gegen die Abschaffung des Buß- und Bettags als gesetzlicher Feiertag.

Das Vorhaben verstoße, so schrieben die beiden Verfasser, nicht nur gegen das Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung, sondern auch gegen das Gleichheitsgebot unter den Staatskirchen. Angesichts der Hektik und der Zwänge an einem normalen Arbeitstag sei innere Einkehr und Buße nicht möglich, die Teilnahme an einem Gottesdienst stark eingeschränkt.

Auch müßten die beiden großen Konfessionen gleich behandelt werden. Die Abschaffung des Buß- und Bettags treffe nur die evangelische Bevölkerung. Der religiöse Friede werde gestört, wenn die Gefühle des evangelischen Teils der Bevölkerung als zu vernachlässigende Größe angesehen würden.

Die beiden Petenten schlagen vor, den beiden Konfessionen gemeinsamen Feiertag Pfingstmontag abzuschaffen, wenn es gar nicht anders gehe. Der werde nicht einmal im Vatikan als Feiertag begangen. Die Eingabe wurde an den Hauptausschuß des Landtags weitergeleitet, wo sie allerdings zu spät ankam, da der Hauptausschuß der Änderung des Feiertagsgesetzes mit den Stimmen der SPD, CDU und F.D.P. gegen die Grünen bereits zugestimmt hatte (siehe vorige Ausgabe). Der Landtag nahm die Änderung, wie vom Hauptausschuß empfohlen, am 16. Dezember an, wodurch in Nordrhein-Westfalen der Buß- und Bettag künftig kein gesetzlicher Feiertag mehr ist.

Lückenschlüsse beim Radwegebau

Der Verkehrsausschuß nahm im Rahmen der Haushaltsberatungen am 24. November den SPD-Antrag an, die Zweckbestimmung bei den Zuweisungen an Gemeinden und Kreise für den Radwegebau und für Lärmschutzmaßnahmen auf „überörtliche Straßen“ zu erweitern, damit Radwege an kommunalen Straßen nicht an der Grenze zur Nachbarkommune zu enden brauchten.

Änderungsanträge von CDU und Grünen zum Einzelplan 15, den Haushaltsansatz „Erstattungen zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen der ÖPNV-Unternehmen um 15 Millionen Mark zu erhöhen, wurden von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der von Gisela Naken (GRÜNE) mit der Regionalisierung und Umgestaltung des ÖPNV begründete Antrag, einen neuen Titel „ÖPNV-Grundförderung“ mit einem Baransatz von 50 Millionen Mark einzuführen. Ersatzlos streichen wollten die Grünen auch Titel für Flughäfen. Die CDU wollte Landesbeteiligungen an den Flughafengesellschaften Düsseldorf und Köln über 25 Prozent veräußern und dafür Anteile in Münster-Osnabrück erwerben.

Sportklettern in NRW Mit dem Rücken zur Wand

Unter dem Titel „Kletterverbot im Rurtal ärgert Bergfreunde – Natursportler schützen die Umwelt“ berichtete „Landtag intern“ in der vorigen Ausgabe über Vorträge des Deutschen Alpenvereins (DAV) in der Sitzung des Sportausschusses am 28. November in Halle/Westfalen. Seit dem Kletterverbot im Naturschutzgebiet „Buntsandsteinfelsen im Rurtal“ seit April 1994 stünden die Sportkletterer in NRW, so hieß es im Bericht, mit dem Rücken zur Wand.

Der Landesvorsitzende Erwin Rothgang leitete seinen „Hilferuf“ ein mit der Bemerkung, aus seiner Notlage komme der DAV nur noch mit Unterstützung der Politiker heraus. Die Schmerzgrenze sei überschritten. Die Felsföbe und Felskarnen würden durch Wanderer viel nachhaltiger beeinträchtigt als der Fels durch die Kletterer. Besonders ärgerlich sei der ungebremste motorisierte Freizeitverkehr, mit großzügigen Park- und Campingplätzen für Tausende von Zelten und Wohnwagen wie im Rurtal und im Hochsauerland. Die aktiven Kletterer als sportliche Elite des DAV im Rheinland würden in Nachbarländern ausweichen, was zusätzlichen unnötigen Autoverkehr erzeuge.

Das DAV-Mitglied Schmitz stellte am Beispiel seiner Familie dar, daß Klettern sowohl Breiten- als auch Leistungssport sei, und hob die Naturverbundenheit der Bergsportler hervor. Künstliche Kletterlandschaften seien kein Ersatz für das Erlebnis von Wind, Kälte und Wärme im freien Gelände.

In der eingehenden Aussprache wiesen Ausschußmitglieder auf frühere Erörterungen im Sportausschuß und auf eine ministerielle Arbeitsgruppe hin, die schon 1990 damit befaßt war. Beim Thema „Sportklettern in NRW“ geht es auch um unterschiedliche Ressortinteressen. Während die dem Umweltminister unterstellte Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) das ganzjährige Kletterverbot mit der Erhaltung von Felsbiotopen begründet, fürchten die haushaltsmäßig dem Kultusministerium zugehörigen Bergsportler und Kletterfreunde „das Aussterben“ ihrer Sportart in NRW. Dem Sportausschuß des Landtags, der das Klettern an den Buntsandsteinfelsen im Rurtal selbst in Augenschein nehmen will, erscheint eine Kompromißlösung vorstellbar, durch die Massenandrang verhindert, die schonende Naturnutzung durch Bergfreunde jedoch ermöglicht wird.

Nach den Berichten erreichte den Sportausschuß eine Zuschrift der IG Klettern und Naturschutz Nordeifel (11/3802): Undifferenzierte Vollsperrungen ganzer Felsgruppen seien nicht akzeptabel und im Sinne des Naturschutzes auch nicht notwendig. Derzeit seien in NRW 53 Felsen gesperrt, und nur an acht Felsen dürfe geklettert werden. Zudem seien gerade die für den Klettersport attraktivsten Felsen gesperrt, nur ein Felsen sei höher als 20 Meter.

Für ihr Hobby werben die Sportler mit „Zehn Punkten pro Klettern“, darunter: Familiensport, Landschaftserlebnis, Naturverbundenheit, Breitensport ohne öffentliche Mittel, geringes Verletzungsrisiko, lebenslanges Ausüben, „sanfte“ Sportart, Gefahrenbewußtsein trotz Abenteuer. Außerdem legte die IG Klettern sechs Vorschläge zur Regelung naturschonenden Kletterns vor.

Frischer Wind

Der amerikanische Generalkonsul in Düsseldorf, Thomas Lee Boam, hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (r.) empfangen worden. Im Juni dieses Jahres war das US-Generalkonsulat in der Landeshauptstadt, das 1987 seine Tore geschlossen hatte, wiedereröffnet worden. Mit dem Hissen des Sternenbanners am 9. Juni vor dem Rheimetallgebäude am Düsseldorfer Kennedydamm sollte frischer Wind in die Handelsbeziehungen zwischen USA und NRW kommen. Die Amerikaner entschieden sich für Düsseldorf, weil es nach den Worten ihres Botschafters Richard C. Holbrooke bei der Eröffnungsfeier Anker einer Region ist, in der ein Fünftel des deutschen Bruttosozialproduktes erarbeitet wird. Außerdem gibt es hier die zweitgrößte Konzentration japanischer Firmen außerhalb Japans. So spricht die Stellvertreterin des neuen Generalkonsuls und Diplomaten Boam, Christina Scott, neben deutsch auch fließend japanisch.

Foto: Schälte



In vielen Fällen, so Professor Exner, sei eine Verbesserung der Raumluft durch Lüften mittels Öffnen der Fenster nicht mehr möglich, so daß raumlufttechnische Anlagen notwendig seien. Es handele sich dabei um sehr komplizierte und komplexe Anlagen, die gut geplant und gewartet werden müßten. Eine Vielzahl von Problemen in Innenräumen hänge mit raumlufttechnischen Anlagen zusammen. Aufgrund des Umluftverfahrens könnten Schadstoffe angereichert werden. Dies geschehe vor allem dann, wenn die verbrauchte Luft, um Energie zu sparen, im Kreislauf verbleibe und die Räume immer wieder durchlaufe. Das Problem der Innenräume sei zu einem eigenen Forschungsgebiet geworden; an dem sich die Landesregierung beteilige. Es gebe auch bei der Nato einen Schwerpunkt.

Auf EU-Ebene werde unter anderem mit dem Report „Sick Building Syndrom“ (SBS) auf die mit solchen Anlagen verbundenen Probleme hingewiesen. Das SBS bezeichnet unspezifische Symptome des zentralen Nervensystems, der Schleimhäute (Atemwege und Augen) und der Haut, die sich in der Regel nicht auf zu identifizierende Ursachen zurückführen ließen. Aufgrund vorliegender Untersuchungen klagen 50 bis 80 Prozent der Menschen in mit raumlufttechnischen Anlagen ausgestatteten Büros über derartige Symptome.

Neben dem Sick-Building-Syndrom spiele auch die Building Related Illness (BRI) eine Rolle, die spezifische Ursachen hat und zu Allergien, Infektionen, die über Luft übertragen werden können (z.B. die Legionärserkrankung), und Krebserkrankungen führen könne. Dies könne beispielsweise dann auftreten, wenn eine fehlerhafte Planung das Ansaugen von Frischluft verhindere, weil der Ansaugschacht falsch installiert sei und nur belastete Luft aufnehme. Besonders problematisch seien die Wäschekammern, die der Befeuchtung der Luft dienten. Hier biete sich ein reicher Nährboden für Legionellen und Schimmelpilze. In den USA sei in den vergangenen Jahren gehäuft die Übertragung von Tuberkulose aufgrund raumlufttechnischer Anlagen beobachtet worden. Nach amerikanischen Untersuchungen stehen zahlreiche Krankheitsfälle (Arbeitsausfälle) in Zusammenhang mit der Belastung durch raumlufttechnische Anlagen. Komme es zur Schadstoffanreicherung in der Innenluft, so

Unspezifische Befindlichkeitsstörungen durch Wartungsmängel bei Raumluft-Anlagen

Zu seiner Sitzung am 9. Dezember 1994 hatte der Ausschuß „Mensch und Technik“ Professor Dr. Exner (Hygiene-Institut der Universität Bonn) als Sachverständigen zu medizinischen Aspekten von raumlufttechnischen Anlagen eingeladen. Professor Exner berichtete über Luftschadstoffbelastungen, die heute vor allem in Innenräumen zum Problem geworden sind und sich durch Farben, Lacke, Aromastoffe in Teppichböden oder Tapeten etc. entwickeln sowie über Innenraumbelastungen, die durch Belüftungsanlagen (Klimaanlagen) in Räumen eintreten können.

müsse für eine gute Be- und Entlüftung gesorgt werden, die sich nicht aufhebe.

Professor Exner kam zu dem Ergebnis, daß 1. der Einbau einer raumlufttechnischen Anlage kritisch geprüft, die Anlage richtig geplant und sie in gleicher Weise gut gewartet werden müsse, wozu im Vorfeld das Wissen um die Kosten für den Unterhalt gehöre. Des weiteren müsse eine raumlufttechnische Anlage immer von entsprechenden Fachkräften technisch und hygienisch überprüft werden. Professor Exner kündigte eine entsprechende Empfehlung der Innenraumluftkommission an, deren Mitglied er ist. Grundsätzlich könne man sagen, daß — bezogen auf Innenräume — die Allergien zunähmen, auch Tierhaarallergien, die aufgrund der Verbreitung von Teppichböden leichter zu übertragen seien. Zunächst sollte immer geklärt werden, wie die Frischluftzufuhr anders gelöst werden könne. Es sei nicht sinnvoll, nur nach Richtlinien zum Einbau von Klimaanlagen zu schauen. Die Richtlinien sollten durch zumindest eine Ortsbesichtigung ergänzt werden. Techniker und Hygieniker sollten stärker in die Planung einbezogen werden. Für die Wartung sei es wichtig, entsprechend gut ausgebildetes Personal bereitzustellen, das das komplexe System kenne und warte. In Krankenhäusern werden die Anlagen in Zusammenarbeit mit Hygienikern überprüft.

Ausschußvorsitzende Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) sprach das Problem an, wer über die Notwendigkeit des Einbaus einer Anlage entscheide und wer wie plane. Sie verwies auf die Antwort auf die Kleine Anfrage der F.D.P. „Allergieleiden durch Klimaanlagen?“ (Drs. 11/7580), wonach der Landesregierung kein Fall bekannt sei, bei dem es aufgrund unzureichender Wartung von Klimaanlagen bei Landesbediensteten zu Allergieleiden gekommen sei. Sie stellte eine

solche Aussage nach den Ausführungen von Professor Exner in Frage. Helmut Hellwig (SPD) kam zu dem Schluß, daß raumlufttechnische Anlagen vermieden werden sollten, wenn sie vermeidbar sind. Für ihn schließe sich die Frage an, wer letztlich die Wartung der Anlagen durchführe und ob eine entsprechende Regelung nicht sinnvoll sei, die eine Pflicht zur Wartung vorschreibe. Auch die zunehmend im Haushalt eingeführten raumlufttechnischen Anlagen seien zu hinterfragen. In vielen Fällen seien raumlufttechnische Anlagen sinnvoll. Nach der Analyse von Professor Exner würden viele Anlagen zu wenig, mangelhaft oder gar nicht gewartet. Ein Viertel der Personen in solchen Räumen leide unter Befindlichkeitsstörungen. Daraus seien ordnungspolitische Maßnahmen zu fordern. Er gehe, so Hans-Karl von Unger (CDU), davon aus, daß es gegenwärtig bereits Vorgaben im Sinne von Verordnungen und Vorschriften sowohl für die Planung als auch für die Wartung gebe. Daß diese Vorschriften den neuesten Erkenntnissen angepaßt werden müßten, sei selbstverständlich. Die Vorsitzende Dr. Katrin Grüber stellte fest, daß die durch den Sachverständigen vermittelte Thematik ein gutes Beispiel für Technikfolgenabschätzung darstelle.



Professor Exner (l.) vom Hygiene-Institut der Uni Bonn mit Ministerialrat Dr. Ölberding. Foto: Schälte

Ausschuß befaßt sich mit Demonstrationsverbot zum Gipfel der EU in Essen

Antrag der CDU-Fraktion zur Bekämpfung der Massenkriminalität erreichte keine Mehrheit

In einer Aktuellen Viertelstunde der Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung am 8. Dezember unter Leitung des Vorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) wollte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mehr über die Hintergründe des Verbots einer für den 10. Dezember in Essen geplanten Veranstaltung des „Essener Bündnisses zur Vorbereitung des EU-Gegengipfels“ durch den Polizeipräsidenten wissen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor erläuterte, bereits am 6. Oktober sei die Anmeldung einer Veranstaltung unter dem Titel „Greifen wir gemeinsam nach den Sternen“ erfolgt. Das Verbot sei relativ spät, nämlich erst am 5. Dezember, erfolgt, da der Polizeipräsident Essen keinen Zweifel an den friedlichen Absichten der Veranstalter hatte und die Veranstaltung eigentlich genehmigen wollte. In Übereinstimmung mit ihm, dem Innenminister, sei es jedoch zu der Erkenntnis gekommen, daß aus dem gewaltbereiten autonomen Spektrum 2000 bis 3000 Teilnehmer zu erwarten wären, die sich nach den bisherigen Erkenntnissen und Erfahrungen nicht an das Prinzip der Friedfertigkeit halten würden. Daher sei das Verbot erfolgt, um die latente Gefahr für die öffentliche Sicherheit am Rande des EU-Gipfels zu minimieren. Die Grundlagen der Erkenntnisse stünden unter Quellenschutz und könnten daher nicht veröffentlicht werden. Verfassungsschutz, Polizei, das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen stimmten jedoch in der Einschätzung der Gefährdungslage völlig überein.

Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen habe zwar das Verbot aufgehoben. Die Veranstaltung sei dort nach ersten Meldungen als weder offensichtlich rechtswidrig noch als rechtmäßig angesehen worden, daher hätte das Gericht dem Demonstrationsrecht Vorrang eingeräumt. Der Polizeipräsident Essen prüfe nun (Stand: 8. Dezember) sorgfältig, ob er gegen diese Entscheidung das Oberverwaltungsgericht anrufe.

Auf die Frage von Roland Appel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach der Zahl der voraussichtlichen Demonstranten und der möglichen Strategie mit dem Ziel, daß Polizei und friedliche Demonstranten gemeinsam deeskalierend auf gewaltbereite Teilnehmer einwirken könnten, antwortete Innenminister Schnoor, es sei mit der bereits genannten Zahl gewaltbereiter Autonome zu rechnen. Hier müßte schon ein erheblicher Anteil friedlicher Demonstranten gegenüberstehen, erfahrungsgemäß träten die Autonomen in einem Block auf, so daß friedliche Teilnehmer keine Chance hätten. Sollte das Verbot dennoch in Kraft treten, könnten Ausschreitungen trotzdem nicht ausgeschlossen werden. In diesem Fall sei die Polizei jedoch entschlossen, gegen Gewalttäter vorzugehen und auch qualifizierte Festnahmen sowie Strafanzeigen vorzunehmen.

In einer weiteren aktuellen Frage richtete sich der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Paus, an den Innenminister. Er habe von Presseerklärungen gehört, daß sich Nordrhein-Westfalens Innenminister offen zeige im Hinblick auf das Modell der Freiwilligen Sicherheitswacht zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit in Bayern. Innenmini-

ster Schnoor dementierte, er habe keine offizielle Presseverlautbarung herausgegeben. In einem Journalistengespräch habe er unter anderem lediglich erklärt, er stimme mit den parlamentarischen Gremien darin überein, daß die Bürger in die Kriminalprävention einzubeziehen wären.

Über den sich aus der Diskussion ergebenden Vorschlag des Abgeordneten Paus, daß bayerische Modell vor Ort zu begutachten, will die SPD-Fraktion, so ihr Sprecher Stefan Frechen, nachdenken.

Die politischen Gegensätze zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits sowie CDU und F.D.P. andererseits traten auch im Verlauf der Beratungen bei der abschließenden Befassung des Ausschusses mit einem Antrag der CDU-Fraktion „Konzeption zur Bekämpfung der Massenkriminalität“ offen zu Tage. In diesem Antrag hatte die CDU-Fraktion einen Forderungskatalog für präventive Maßnahmen und zum Bereich der Strafverfolgung aufgestellt, um einem nach ihrer Auffassung alarmierenden Anstieg der Massenkriminalität in den letzten Jahren gezielt zu begegnen und den Bürgern das Sicherheitsgefühl zurückzugeben. Sie forderte unter anderem kriminalpräventive Räte auf regionaler Ebene zu bilden, kriminalitätsverhütende Maßnahmen schon bei städtebaulichen Planungen, Intensivierung kriminalpolizeilicher Vorbeugungsprogramme vorzusehen, nachbarschaftliche Engagements polizeilich zu unterstützen und zu fördern, die polizeiliche Präsenz zu verstärken und moderne Datenverarbeitungssysteme flächendeckend einzuführen. Daneben sollten der unstreitige Personal- und Sachmittelbestand – vor allem bei der Kriminalpolizei – abgebaut, datenschutzrechtliche Bestimmungen, die zum Täterschutz führen könnten, überprüft, die Zeugenentschädigung reformiert sowie die Konfliktregelung auf vorjustizielle Instanzen verlegt werden.

Dazu hatte der Ausschuß im Sommer eine öffentliche Anhörung durchgeführt, an der sowie an der Beratung des Antrags vier weitere Fachausschüsse des Landtags beteiligt waren. In der abschließenden Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung stellte Heinz Paus fest, in der Anhörung sei von vielen Seiten den Forderungen der CDU-Fraktion in weiten Teilen zugestimmt worden. Die Forderungen wären noch nicht umgesetzt, so daß der Antrag nach wie vor volle Berechtigung hätte.

Ganz anderer Meinung war die SPD-Fraktion. Seit Einbringung des Antrags durch die CDU-Landtagsfraktion Anfang 1992 sei auf dem Feld der Inneren Sicherheit vieles bewegt worden. Zu erinnern sei an die Neuordnung der Kreispolizeibehörden sowie an die Bildung kriminalpräventiver Räte. Schließlich, so fügte Edgar Moron (SPD) hinzu, gehe der CDU-Antrag in keiner Weise auf die sozialen Ursachen der Massenkriminalität ein. Dem schloß sich Roland Appel (GRÜNE) an. Auch seine Fraktion käme, was die Bekämpfung der Massenkriminalität angehe, zu anderen politischen Entscheidungen. Er lehne daher den Antrag der CDU-Fraktion ab. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion stellte sich auf die Seite der Antragstellerin. Auch er hielt den Antrag nicht für erledigt, da viele der Forderungen bisher nicht erfüllt seien. Mit den Stimmen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde der CDU-Antrag abgelehnt.



Für Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen hat die Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, eine Informationsschrift „Unser Landtag“ (Bild) aufgelegt, die über die Arbeit des Landtags Nordrhein-Westfalens grundlegend informieren soll. So werden die Bundesrepublik und unser Land Nordrhein-Westfalen vorgestellt und die Aufgaben und die Arbeitsweise des Landtags leicht verständlich beschrieben. Nordrhein-Westfalen ist damit das erste Parlament in der Bundesrepublik Deutschland, das die Gruppe der Schülerinnen und Schüler in einer eigens für sie erstellten Broschüre anspricht. Die Informationsbroschüre kann von Schulklassen oder einzelnen interessierten Schülerinnen und Schülern beim Landtag bestellt werden. Eine Gebühr wird nicht erhoben. Adresse: Landtag Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Stichwort: Unser Landtag

Experten benennen Erwartungen und Erfordernisse an neue Landesplanung

Künftige Verfahren und Ziele der Landesplanung waren Mittelpunkt einer Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung am 23. November (siehe Landtag intern Nr. 20 Seite 5). Unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Werner Stump (CDU) bekamen Sachverständige und Institutionen Gelegenheit, ihren Standpunkt zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (Vorl. 11/3289) vorzutragen.

Diplomvolkswirt Zipfel begrüßte für die Landesvereinigung der Fachverbände des Handwerks einen einheitlichen LEP. Er schlug die Bildung eines Oberzentrums Gelsenkirchen für die Emscher-Lippe-Region aus Gründen der Beschleunigung des Strukturwandels vor und kritisierte die im Entwurf sich abzeichnende Konzentration der Entwicklungsachsen auf die Verbindung zwischen den großen Oberzentren: Das bringe vor allem für ländliche Gebiete Benachteiligungen mit sich. Beim Flächenangebot für die Wirtschaft sollte auf das Kriterium der „Strukturwirksamkeit“ verzichtet und nicht nur vom Flächenbedarf der Industrie gesprochen werden, ohne das produzierende Gewerbe zu erwähnen.

Der Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Braus, verlangte die gleichwertige und gleichrangige Darstellung aller Ziele und Belange der bisherigen Teilpläne; das sei im vorliegenden Entwurf nur unvollständig und nicht ausreichend erfolgt. So würden die Ziele von Natur- und Landschaftsschutz zwar „extensiv“ dargestellt, es fehlten aber in erheblichem Umfang die Abbaugelände heimischer Bodenschätze. Auch die Sicherung von Industrieflächen sei gefährdet, es fehle zudem die Darstellung von Entsorgungsanlagen. Diese Beispiele, so Braus weiter, zeigten, daß der Entwurf erheblich gegen Vorgaben des Landesplanungsgesetzes verstoße. Die Industrie fordere mit Nachdruck die Beseitigung der Ungleichgewichte zum Nachteil der Wirtschaft. Eine zu geringe und nur summarische Berücksichtigung des örtlichen Vertragsnaturschutzes stellte der Sprecher des Waldbauernverbandes, Philip Prinz zu Salm-Horstmar, fest: Der freie Vertragsnaturschutz werde aber vor allem dort weiter eine wichtige Rolle spielen, wo es nicht um Extensivierung gehe. Es drehe sich um eine Abwägung öffentlicher und privater Belange, um einen Ausgleich zu finden. Für den Forstwirtschaftler sei es ebenso wenig wie für den Landwirt nachvollziehbar, daß seine Fläche im Wert gemindert werden solle, während sie doch für die Allgemeinheit nach den planerischen Feststellungen so wertvoll sei.

Der Sprecher des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Vizepräsident Hans-Jürgen Kleimann, bezifferte das Sinken des Verkaufswerts landwirtschaftlicher Flächen, die unter Naturschutz kämen, auf 30 bis 60 Prozent. Da die überwiegend land- und forstwirtschaftliche Nutzung der Freiräume die Existenzgrundlage der Betriebe bilde, sollte die herausragende Bedeutung der Landwirtschaft für die Freiraumsicherung im LEP in sehr viel stärkerem Maße herausgestellt werden, als es im Entwurf der Fall sei. Zudem sollte der Begriff „Freiraum“

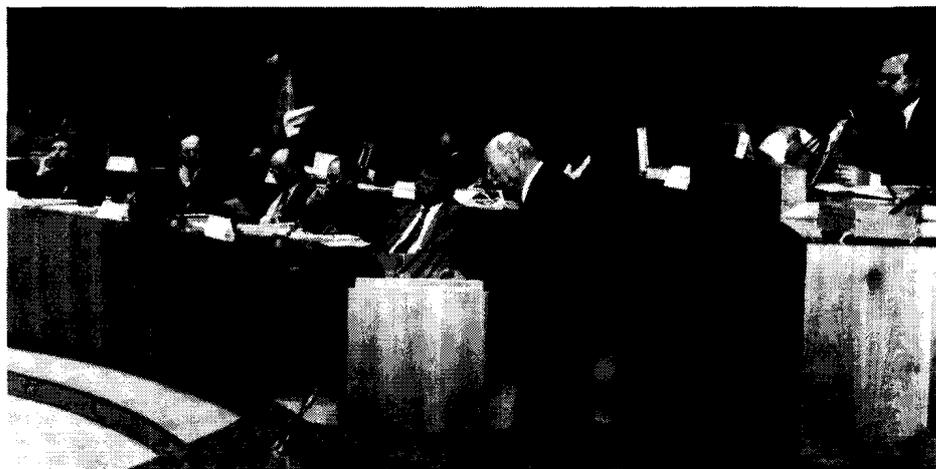
zur Verdeutlichung durch das Wort „Landschaftsraum“ ersetzt werden.

Aus der Sicht des Landessportbundes würden die Sportbelange viel zu wenig im LEP berücksichtigt, die berechtigten und sich verändernden Spiel- und Bewegungsbedürfnisse der Bevölkerung sollten stärkere Aufnahme finden, forderte Hans Pechtel für den Landessportbund NRW. Da sei ein ausreichendes Angebot wohnortnaher Sport-, Bewegungs- und Spielräume zu sichern oder zu schaffen. Bewegung und Sport in der Natur verlangten den notwendigen Freiraum.

Der Sprecher des DGB-Landesbezirks NRW, Wolfgang Nettelstroth, wertete die Straffung und Integration der bisherigen Einzelpläne als wichtigen Schritt zu einem ganzheitlichen Denken und Handeln bei der Lösung ökonomischer und ökologischer Problemstellungen. „Es geht unseres Erachtens deshalb nicht so sehr um die Frage von Deregulierung oder Regulierung, sondern um die Unterstützung vorhandener Gestaltungspotentiale beim notwendigen Modernisierungsprozeß“. Bei der Darstellung von Entwicklungsachsen beschränke man sich zu sehr auf schon vorhandene Verkehrsstrukturen. Nur in seltenen Fällen weise die zeichnerische Darstellung Schienenverbindungen auf, obwohl vorhandene Verbindun-

merkte Dr. Harengerd an, der Schwerpunkt des LEP liege eindeutig darin, konkrete Vorgaben oder Einschränkungen auf Landesebene zu vermeiden und dadurch unteren Planungsebenen mehr Spielraum zu verschaffen; das werde dann besonders großzügig gehandhabt, „wenn er zu Lasten des Freiraums geht“. Begriffe wie „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ würden schon seit längerem dazu benutzt, den Abbau von Umweltstandards positiver erscheinen zu lassen. Aber Landesplanung stelle sich selbst in Frage, wenn sie auf konkrete, verbindliche Handlungsanweisungen für untere Planungsebenen verzichte. Die Naturschutzverbände halten die neuen Kapitel wie Freizeit, Energie und Entsorgung für entbehrlich: Im LEP finde sich dazu nichts, was nicht schon im Landesentwicklungsprogramm oder in den Fachgesetzen geregelt sei.

Ausreichend und ausgewogen nannte der Sprecher der Deutschen Bahn AG, Diplomingenieur Jacob, die Planungen der Landesregierung im Personenverkehr, soweit sie sich mit den Zielen der Bundesverkehrswegeplanung (Schienenwegeausbaugesetz) deckten. Jacobs erteilte der Aufnahme einer weiteren Entwicklungsachse mit europäischer Bedeutung in ost-westlicher Richtung für einen Hochgeschwindigkeitsverkehr Köln — Bebra (und weiter über Dresden nach Prag) ebenso eine Abfuhr wie Forderungen nach einem Lückeschluß der A 4 zwischen Olpe und dem Hattenbacher Dreieck. Die Darstellung der Neubaustrecke Köln — Rhein/Main sollte als zusätzliche



Der Vorsitzende des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung, Werner Stump (r.), leitete die Anhörung zum Entwurf des Landesentwicklungsplans im Plenarsaal.

Foto: Schälte

gen oft nur um wenige Kilometer, etwa zwischen Münster und Enschede, verlängert werden müßten, um eine Verkehrsachse zu erhalten. Nettelstroth: „Es fehlt eine Darstellung von Entwicklungspotentialen.“ Der DGB weise auf die besondere Verantwortung des Landes für die strukturverändernden Entscheidungen beim Verkehrsträger Schiene hin. Er sei auszubauen, während es notwendig sei, den Lkw-Verkehr mit den von ihm verursachten tatsächlichen Kosten zu belasten. Wenn der LEP ergänzt und konkretisiert werde — etwa indem die freiwillige regionale und internationale Zusammenarbeit unterstützt werde, um die Region als ökologischen und sozialen Lebensraum zu gestalten, könnte der LEP-Entwurf zur „Mobilisierung endogener Entwicklungspotentiale zum ökonomischen und ökologischen Strukturwandel“ im Lande beitragen.

Von Seiten der Umwelt- und Naturschützer

größräumige Achse im Zuge der A 3 in den LEP aufgenommen werden: „Das vermissen wir.“ Erwünscht sei aus Sicht der Bahn AG auch die Definition von Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern im Ladungsverkehr. Markus Hesse vom Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung teilte die von anderer Seite vorgebrachten Kritikpunkte wie unzureichende Zielbestimmung, fehlendes integrierendes Leitbild und mangelnde konkrete Handlungsorientierung. Es sei aber zu berücksichtigen, daß es sich beim LEP-Entwurf nicht um einen „Masterplan NRW“ handle, der quantifizierende Vorgaben mache und in die kommunalen Planungshoheiten eingreife. Hesse fragte, ob das im Kern wachstumororientierte Konzept der Entwicklungsachsen noch zeitgemäß sei und ob nicht eine neue Verknüpfung zwischen Verkehrsentwicklung, Siedlungsstruktur und notwendiger Infrastrukturpolitik erforderlich sei.

Rückblick 1994

Land sieht Zukunft in Europa

Der Landtag hat vom 1. Dezember 1993 bis 30. November dieses Jahres 31 Gesetze beschlossen. Die Zahl der Gesetzentwürfe belief sich auf 52. Insgesamt fanden im Berichtszeitraum 34 Plenarsitzungen statt. 543 Kleine Anfragen und 117 Mündliche Anfragen wurden gestellt sowie acht Große Anfragen behandelt. An Anträgen ermittelte die Landtagsdokumentation 127, an Entschließungsanträgen 77 und an Änderungsanträgen 76. Zwanzig Aktuelle Stunden wurden abgehalten sowie vier Regierungserklärungen abgegeben.

12. Januar

Um neue Aufgaben der Sparkassen im europäischen Wettbewerb, aber auch um die Vorzüge oder Nachteile von Zusammenschlüssen ging es bei einer Anhörung von Experten der Kreditwirtschaft, des Bankwesens, der kommunalen Spitzenverbände sowie der Verbraucher zur Novellierung des Sparkassengesetzes.

13. Januar

Im Hauptausschuß berichtete der ehemalige Staatssekretär Heinz Ruhnau über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Westdeutschen Landesbank (WestLB) und der Landesregierung mit der Region Nishnij-Nowgorod in der Russischen Föderation.

20. Januar

An das Jahr 1994 als ein Jahr der Wahlen erinnerte Landtagsvizepräsident Ulrich Schmidt bei der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr. Schmidt appellierte an die Fraktionen, bei den bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen Fairneß walten zu lassen.

26. Januar

An diesem Mittwoch zeigte sich Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe sichtlich bewegt: Die olympische Flamme, auf dem Weg von Griechenland zu den olympischen Winterspielen im norwegischen Lillehammer, wurde in den nordrhein-westfälischen Landtag getragen.

2. Februar

Die Zukunft des öffentlich rechtlichen Rundfunks stand im Mittelpunkt einer Mediendebatte, bei der deutlich wurde, daß die Politik den Rundfunkanstalten nur bei Reformen und deutlichem Sparkurs eine Gebührenerhöhung nach 1996 in Aussicht stellen will.

3. Februar

Den Subventionswettbewerb in Europa und in Deutschland beim Stahl kritisierten Sprecher aller Fraktionen in einer Aktuellen Stunde zum Stahlstandort NRW. Gefordert wurde die Gleichbehandlung aller Krisenbranchen.

4. Februar

Über Risiken und Nutzen der Gentherapie beriet der Ausschuß „Mensch und Technik“. Dabei ging es um den Stand gentherapeutischer Forschungen. Bei der Aussprache klang durch, daß Gentherapie durchaus gegen menschliches Leiden eingesetzt werden könnte. Aber es wurde auch auf Unwägbarkeiten verwiesen, etwa wenn Viren als Transporteur von Genen zum Einsatz kämen.

24. Februar

Pensionierte Polizeibedienstete könnten als

Streifenpolizisten eingesetzt werden. Der Innenminister des Landes erläuterte diesen Vorschlag im Ausschuß für Innere Verwaltung. Seine Begründung: die Finanzsituation der Polizei lasse eine Vermehrung der Planstellen bei der Polizei auf absehbare Zeit nicht zu.

25. Februar

Frauen sollen mehr Chancen im Sport erhalten. Dafür setzte sich der Ausschuß für Frauenpolitik ein. Der Ausschuß bewertete die Anstrengungen des Landessportbundes, der Sportvereine und der Landesregierung positiv, Sport für Frauen gezielt zu fördern.

2. März

Mehrheitlich wurde die Änderung des Sparkassengesetzes in zweiter Lesung angenommen. Für die Sparkassen wurde damit die Schuldnerberatung obligatorisch.

2. März

Die meisten Gründe für den Abbruch von Hochschulstudien sind Angst vor mangelnden Arbeitsmarkt- und Berufschancen, Mängel in der Betreuung durch die Dozentinnen und Dozenten sowie in der Präsentation des Lehrstoffes. Das ergab eine hochschulpolitische Debatte, die sich mit Hochschulwechsel und Studienabbruch befaßte.

3. März

Der Landtag wählte nach gemeinsamer Vorschlagsliste 141 Mitglieder für die zehnte Bundesversammlung. Grundlage für den Wahlvorschlag war eine Bekanntmachung der Bundesregierung über die Zahl der von den Volksvertretungen der Länder zu wählenden Mitglieder der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten dann am 23. Mai 1994 in Berlin wählte.

16. März

Ehe der Justizminister des Landes über den Amoklauf im Euskirchener Amtsgericht berichtete, erhoben sich die Abgeordneten des Landtags und gedachten der Opfer des Anschlags, bei dem durch die Wahnsinnstat eines einzelnen sieben Menschen getötet und weitere verletzt worden waren. Bei der Debatte sprachen sich die Fraktionen gegen mehr Kontrolle in den Gerichten des Landes aus, wolle man sie nicht zu Festungen ausbauen.

17. März

Die Opposition widersetzte sich geschlossen. Doch die SPD-Mehrheit setzte nach der Debatte über ihre Große Anfrage zur Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen ihre Entschließung für die Fortschreibung der einkommensabhängigen Förderung, Reform der steuerlichen Eigentumsförderung und gegen Kürzung der Bundesmittel durch

13. April

In einer dritten Anhörung stellte der Ausschuß für Kommunalpolitik die Kommunalreform noch einmal auf den Prüfstand von Politik und Verbänden. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Direktwahl des Bürgermeisters und die Personalunion Chef der Verwaltung und Repräsentant der Stadt. Die Doppelspitze fand keine Befürworter mehr.

14. April

Über die Partnerschaft des Landes mit der Caritas beim Modell Skopje berichtete die Landesregierung im Hauptausschuß. Generell solle die neue Flüchtlingspolitik des Landes Fluchtursachen in den armen Ländern beseitigen, wurde betont. Auch von der größten Oppositionsfraktion wurde unterstrichen, für die CDU gebe es keine Alternative zu der politischen Aufgabe, Fluchtursachen durch Hilfe in den Heimatländern zu bekämpfen.

15. April

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturen schloß sich mit Fachleuten in Baden-Württemberg und Bayern kurz. In den Diskussionen in Stuttgart und München wurde deutlich, daß der nordrhein-westfälische Landtag mit der Einsetzung eines eigenen Ausschusses für Verwaltungsstrukturen ein hohes politisches Interesse an einer erfolgreichen Reform dokumentiert hat.

20. April

Nationale und europäische Gesetzgebung hemmen häufig den Kraftakt zum Abbau der Bürokratie. Das wurde in einer Debatte deutlich, bei der es darum ging, Wachstumsbremsen in Nordrhein-Westfalen abzubauen. Die Landesregierung wurde zu radikalen Schnitten aufgefordert. Über die Notwendigkeit der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren waren sich die Kontrahenten weitgehend einig.

21. April

Parlamente und Staat müssen Grenzen gegen die Gewalt im Fernsehen genauer markieren. Mit dem Ersten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sollte der zunehmenden Gewaltpräsentation in den elektronischen Medien ein Riegel vorgeschoben werden.

4. Mai

Auch Nordrhein-Westfalen sieht seine Zukunft in Europa. In einem gemeinsamen Antrag ließen indessen alle vier Fraktionen keinen Zweifel aufkommen, daß sie für ein Europa der Regionen sind. Es dürfe keine Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips zu Lasten der föderalen Ebene geben. Stolz klang auch durch, daß es Nordrhein-Westfalen gelungen sei, den Ausschuß der Regionen durchzusetzen.

5. Mai

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hatte die Vorarbeit geleistet. Der Landtag entschied: In Nordrhein-Westfalen darf nicht eine aus Amerika stammende Sportart betrieben und mit Pfeil und Bogen auf die Jagd gegangen werden.

6. Mai

Bürgerinnen und Bürger werden ab 1999 ihre Bürgermeister und Oberbürgermeister selbst wählen können. In dritter Lesung

wurde das Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung verabschiedet. Das Gesetz sieht ferner vor, daß Städte mit mindestens 5000 ausländischen Einwohnern eine Gleichstellungsbeauftragte einstellen müssen.

26. Mai

Nach einem neuen Konzept für den Familienausgleich suchten Politiker und Experten bei einer Anhörung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie. Fachleute und Verbandsvertreter fanden Gelegenheit, ihre Vorstellungen von einer wirksamen Förderung der Familien mit Kindern vorzutragen.

1. Juni

In einer Sondersitzung des Landtages wurde die Landesregierung von CDU und F.D.P. aufgefordert, ihre vorläufige Richtlinie zur Anwendung des Betäubungsmittelgesetzes sofort außer Kraft zu setzen, die mit der geltenden Rechtslage nicht vereinbar sei. Die zuständigen Minister machten daraufhin klar, daß die Richtlinie keinerlei Freigabe von Drogen bedeute.

15. Juni

Im Halbjahresbericht des Petitionsausschusses bildete das Schicksal eines 13jährigen türkischen Jungen einen Schwerpunkt. Der Ausschuß setzte sich für ein Bleiberecht des Muzafar Ucar durch eine Härtefallentscheidung ein.

16. Juni

Mit einer Regierungserklärung zur Jugendpolitik setzte sich das Parlament auseinander. In der Erklärung wurde eine durchaus positive Bilanz gezogen. Die meisten der 2,7 Millionen Jugendlichen im Land wüchsen unter materiell guten Bedingungen auf. Die Jugend sei selbstbewußt, wolle Verantwortung übernehmen, ernstgenommen und gefordert werden.

3. August

Der Sieger im Ballonwettbewerb des Landtags, ein 13jähriger Schüler aus Letmathe, besuchte am 3. August Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und zog gemeinsam mit dem Finder seines Ballons, einem Türken, die Schulen in NRW aus der Lostrommel, die zur Veranstaltung „Kinder im Parlament“ eingeladen werden sollten.

17. August

Der Ausschuß für Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Dr. Jörg Twenhöven (CDU) besuchte die Landesgartenschau in Paderborn. Die Abgeordneten und ihre Ehefrauen konnten sich rings um Schloß Neuhaus davon überzeugen, wie durch eine derartige Gartenschau Projekte der Umweltverbesserung und Stadterneuerung vorangebracht werden können.

25. August

Die Bekämpfung der Massenkriminalität stand bei einer Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung auf der Tagesordnung. Unter Leitung von Egbert Reinhard (SPD) nannten Experten als Gründe eine gewandelte Verhältnis von Werten und Normen sowie Armut, Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit und Entwurzelung.

1. September

Bei der Einbringung des Landeshaushalts 1995 forderte Finanzminister Heinz Schleu-

ßer (SPD) einen Modernisierungspakt aller gesellschaftlichen Kräfte. Die Ausgabensteigerung von nur einem Prozent bezeichnete er als Ausdruck der Verantwortung der Landesregierung gegenüber dem Gesamtstaat. Bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes erinnerte Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) für den verhinderten Innenminister an die „tiefste Wirtschaftsrezession der Nachkriegszeit“.

7. September

Gymnasien sollen bei ihrer Errichtung dreizügig, Gesamtschulen mindestens vierzügig sein. Darauf verwies Kultusminister Hans Schwier (SPD) bei der Erläuterung der Grundzüge eines neuen Schulorganisationsgesetzes vor dem Landtag. Die Opposition beanstandete, daß Abendschulen mit Volkshochschulen zusammengelegt werden sollen.

7. September

Die hohe Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen beklagten Fraktionen von CDU und F.D.P. bei der ersten Lesung des Haushalts 1995. Die GRÜNEN hielten der Landesregierung vor, sie habe die Ausgaben für den Umweltschutz in den letzten zehn Jahren nahezu halbiert. Der Finanzminister räumte ein, ihm täten die Zinsen in Millionenhöhe weh, die das Land täglich zahlen müsse.

20. September

Mädchen und Jungen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren aus vielen Schulen des Landes kamen zur vierten Veranstaltung des Landtags „Kinder im Parlament“ aus Anlaß des Weltkindertages im Landtag zusammen. „Sucht vermeiden statt zu leiden“ hieß das Thema. Die Aussprache zeigte, daß Sucht als Begriff durchaus im Bewußtsein der jungen Leute verankert ist.

21. September

Der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Herman Heinemann (SPD) habe nicht falsch gehandelt und sich im Förderfall des Bochumer Entwicklungs- und Forschungszentrums für Mikrotherapie korrekt und mit der gebotenen Zurückhaltung verhalten. Diese Beurteilung der Ausschußmehrheit im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I gab dessen Vorsitzender Bodo Hombach im Plenum wieder.

16. Oktober

Das Ergebnis der Bundestagswahlen sowie der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen tangierte auch den Landtag. Einige Abgeordnete wechselten in das Bonner Parlament, andere übernahmen Bürgermeister- bzw. Oberbürgermeisterämter und schieden damit aus dem Landesparlament aus.

20. Oktober

Im Hauptausschuß wurde bei allen Fraktionen Zufriedenheit über das schlechte Abschneiden der Republikaner bei den Bundestagswahlen, aber auch Sorgen über die Zunahme der PDS deutlich. Der Verfassungsschutz des Landes wies darauf hin, daß das Ansehen der Republikaner bei der Bevölkerung kontinuierlich gesunken sei.

2. November

In einer von der Opposition beantragten Sondersitzung setzte der Landtag in der zu Ende gehenden 11. Legislaturperiode den III.

Parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein. Unter dem Vorsitz von Dr. Dieter Haak (SPD) soll der Ausschuß in den verbleibenden Monaten bis zur Landtagswahl 1995 Licht in die Vorgänge um den Konkurs des Steinhagener Sportbodenherstellers Balsam AG bringen und das Handeln von Landesregierung, Landesbehörden und Anstalten des Landes überprüfen.

10. November

Das Projekt Garzweiler II blieb auch nach einer Regierungserklärung im Landtag umstritten. Während Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) den Braunkohletagebau für die Energieversorgung Nordrhein-Westfalens als unverzichtbar bezeichnete, lehnten ihn die GRÜNEN kategorisch ab. CDU und F.D.P. stießen sich vor allem an der Rolle des RWE, das ein 20-Milliarden-Programm zur Modernisierung der rheinischen Braunkohlekraftwerke annonciert hatte.

17. November

Hoher Besuch im Landtag: Bundespräsident Dr. Roman Herzog stattete mit seiner Frau Christiane dem Landtag einen Antrittsbesuch ab. Er wurde von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) begleitet, der auch Präsident des Bundesrates und damit Vertreter des Bundespräsidenten ist. Roman Herzog legte nach der offiziellen Begrüßung durch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in deren Amtsräumen ein klares Bekenntnis zum Föderalismus ab.

23. November

Nordrhein-Westfalen will in der Landesplanung umsteuern: Statt bisher mehrerer Landesentwicklungspläne soll es künftig nur noch einen einheitlichen Landesentwicklungsplan geben. Das ergab eine Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung unter der Leitung von Werner Stump (CDU). Dahinter steht die Überzeugung, daß das Land im Zentrum des zusammenwachsenden Europas die Lösung seiner Zukunftsaufgaben nicht mehr sektoral angehen kann, sondern einen integralen Lösungsansatz finden müsse.

25. November

Kommunale Spitzenverbände und Verkehrsgesellschaften nahmen bei einer Anhörung des Verkehrsausschusses unter der Leitung von Hans Jaax (SPD) zum Regionalisierungsgesetz Stellung. Nach dem Regierungsentwurf sollen Kreise und kreisfreie Städte Zweckverbände bilden, denen die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs übertragen werden.

15. Dezember

Der Landtag beriet in zweiter Lesung das Haushaltsgesetz 1995 sowie das „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen“ an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1995 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1995.

21. Dezember

Nach einer Generaldebatte verabschiedete der Landtag in dritter Lesung das Haushaltsgesetz 1995, die Mittelfristige Finanzplanung des Landes für die Jahre 1994 bis 1998 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995.

SPD-Fraktion

Schulbauförderung 1995 ist finanziell gesichert

An den Landesmitteln wird im Haushaltsjahr 1995 kein einziger Schulseitenerweiterung im Nordrhein-Westfalen scheitern. Das ist mit einem Haushaltsergänzungsentwurf der Landesregierung gesichert, dem die SPD-Landtagsfraktion zugestimmt hat. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 1995 sah eine Kürzung der Schulbauförderung im Gemeindefinanzierungsgesetz von 364 Millionen Mark im Jahr 1994 auf 307 Millionen Mark vor. Der Haushaltsergänzungsentwurf der Landesregierung sieht nunmehr eine Erhöhung der Zweckzuweisungen an die Gemeinden um ca. 175 Millionen Mark vor, wovon 50 Millionen Mark auf die

Schulbauförderung entfallen sollen. Der neue Förderungsbetrag ist mithin 357 Millionen Mark. Die Fraktionsarbeitskreise Haushalt und Finanzen, Kommunalpolitik, Schule und Weiterbildung sowie Sport schlagen in Ergänzung des Haushaltsentwurfs die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen Mark vor, von denen 50 Millionen Mark qualifiziert gesperrt werden sollen, um die Entwicklung der Landesfinanzen im Laufe des Haushaltsjahrs 1995 berücksichtigen zu können. Die Aufstockung der Gesamtmittel um 50 Millionen Mark und die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Millionen Mark ermöglichen es, die für 1995 zu erwartenden beziehungsweise absehbaren Anträge auf Schulbauförderung in Höhe von über 500 Millionen Mark weitgehend zu befriedigen.

★

SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Fried-

helm Farthmann hat kritisiert, daß in den Energiekonsensgesprächen von den Konservativen immer wieder die Frage „Atomkraft – Ja oder Nein?“ in den Vordergrund gerückt werde. Das habe jedoch mit dem Kern der Energiedebatte überhaupt nichts zu tun. Dabei gehe es ausschließlich um die Frage: „Heimische Kohle oder Importkohle?“ Aktuell handele es sich um rund sieben Milliarden Mark Jahresumsatz Tausender mittelständischer Unternehmen in NRW, die nach wie vor vom Bergbau leben. Ebenso wenig dürfe übersehen werden, so Farthmann weiter, daß der deutsche Steinkohlebergbau sich in einer tiefgreifenden Umstrukturierungsphase befinde. So beschäftigte die Ruhrkohle AG mittlerweile schon rund 36 000 Menschen außerhalb des Bergbaubereiches. Es gehe jetzt darum, diesen Umstrukturierungsprozeß und den verbliebenen deutschen Kohlebergbau auf solider Basis zu sichern.

CDU-Fraktion

Vorwurf belegt: Gutachter unter Druck gesetzt

„Wir müssen uns bei den umweltmedizinischen Gutachten der Landesregierung immer mehr die Frage stellen, was noch alles in dem großen Sumpf von Halbwahrheiten, Unterlassungen, Fehlbeurteilungen und vor allem von Einflüssen durch NRW-Ministerien ans Tageslicht kommen wird.“ Das hat der Obmann der CDU-Landtagsfraktion im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II „Dioxin“, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann, nach

einer ersten Durchsicht weiterer Unterlagen erklärt, die vom Hamburger Umweltmediziner Dr. Wilfried Karmaus zur Verfügung gestellt wurden. „Seit Dr. Karmaus im September als erster die Öffentlichkeit auf Presionen durch NRW-Ministerien auf Gutachter hingewiesen hat, tun sich nahezu Woche für Woche neue Abgründe auf. Sollten die Hinweise, Aussagen und Dokumente stimmen, dann bleibt nur ein Schluß: Diesen Gutachten der Landesregierung darf man nicht mehr glauben.“

In seinen Unterlagen an den Untersuchungsausschuß habe Dr. Karmaus seine Vorwürfe gegen das Düsseldorfer Gesundheitsministerium (MAGS), daß bewußt Ergebnisse unterdrückt wurden bzw. Druck ausgeübt wurde, erneuert, erklärt Hegemann. Unter anderem liege im Zusammenhang mit einer

Studie der Landesregierung über Holzschutzmittel in Kindergärten eine Telefonnotiz vor, nach der der für Umweltmedizin zuständige Referatsleiter im Ministerium davor gewarnt habe, „die Sache aufzubauen.“

Hegemann: „Wir sind in unseren bisherigen Recherchen auf eine derartige Fülle von Ungereimtheiten und Verdachtsmomenten gestoßen, daß für uns eines immer konkreter wird: Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens ist offensichtlich mit der Gesundheit ihrer Bürger zumindest sehr fahrlässig umgegangen. Sie hat bei umweltmedizinischen Problemen immer wieder versucht, die Situation herunterzuspielen und kritische Stimmen zu unterdrücken.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Vorrang für kleine und mittlere Unternehmen

Dies ist die Hauptforderung der F.D.P.-Landtagsfraktion in der Haushaltsdebatte zum Jahresende 1994. In ihren Haushaltsinitiativen klagt die F.D.P. die Zwei-Klassen-Wirtschafts- und Sozialpolitik der SPD-Landesregierung an! Der Vorwurf: Die Landesregierung bevorzugt die Montanindustrie zu Lasten der kleinen und mittleren Unternehmen.

In diesem Jahr schieden in Nordrhein-Westfalen 4 948 Unternehmen (Januar bis Oktober) – und zwar überwiegend kleine und mittlere Unter-

nehmen – aus dem Wirtschaftsprozeß aus. Ihre Produkte bzw. Dienstleistungen waren nicht mehr wettbewerbsfähig. 1024 638 Arbeitnehmer verloren in diesem Zeitraum in NRW ihre Arbeitsplätze. Die SPD-Landesregierung nimmt das kommentarlos zur Kenntnis. Ganz anders ist das Verhalten der SPD-Landesregierung, wenn es um die Montanindustrie geht. Wenn IG Metall und Stahlbosse Arm in Arm die Landesregierung unter Druck setzen, weil Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, wird in Windeseile der Haushalt des Landes umgekrempelt.

So will die SPD-Landesregierung mit 120 Millionen Mark Beschäftigungsgesellschaften finanzieren, in die ausschließlich die von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer der Stahlkonzerne Thyssen AG und Krupp AG Hoesch-Krupp aufgenommen werden sollen. Dagegen müssen in anderen Unternehmen und Branchen Arbeit-

nehmer, die keine Landeshilfen erwarten dürfen, entlassen werden.

Außerdem hält die SPD-Landesregierung an ihrer Absicht fest, die Technologieentwicklung der beiden Stahlriesen mit 60 Millionen Mark zu subventionieren. Offensichtlich will sie nicht einsehen, daß Subventionen ordnungspolitisch grundsätzlich fragwürdig sind und außerdem absolut unangebracht vor dem Hintergrund, daß die Stahlunternehmen längst wieder Gewinne machen.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion beantragt in den anstehenden Haushaltsberatungen statt dessen für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Lande zusätzliche Mittel für die Förderung von Existenzgründung und Beratung, Technologie-, Messen- und Exportförderung, Aus- und Weiterbildung, Konkursfolgenhilfen sowie die Stärkung des Fremdenverkehrs.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Gutachten des Kultusministeriums veröffentlichen

Die grüne Landtagsfraktion hat die Veröffentlichung eines Gutachtens zur Zukunft der gymnasialen Oberstufe gefordert. Dieses Gutachten von Professor Dr. Huber, Leiter des Oberstufenkollegs in Bielefeld, ist im Auftrag des Kultusministeriums erstellt worden. Es kommt zu ganz anderen Schlußfolgerungen als die vom Kultusminister Schwier beabsichtigte Rückkehr zu dem klassischen Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe. Brigitte Schumann, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion: „Es ist nicht einzusehen,

daß ein Gutachten in den Giftschrank gelegt und hausintern ignoriert wird, weil es der Linie des Kultusministers widerspricht. Offensichtlich soll der in der SPD vorhandene Widerstand gegen die Pläne, im Konsens mit Bayern zu der Oberstufe der sechziger Jahre zurückzukehren, durch die Nichtveröffentlichung des Gutachtens keinen weiteren Auftrieb erhalten.“

In diesem Zusammenhang verweist die bildungspolitische Sprecherin darauf, daß die Bildungsexpertin und SPD-Landtagsabgeordnete, Brigitte Speth, gezwungen ist, auf Umwegen ihre Kritik vorzubringen: „Sie kritisiert nur die CDU-regierten Bundesländer und spart die in gleiche Richtung zielenden Vorhaben von SPD-regierten Ländern wie NRW von der Kritik aus. Sie äußert sich nicht als Sprecherin der Landtagsfraktion der

SPD, sondern als Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD. Ich fordere die SPD-Landtagsfraktion auf, dieses Spiel zu beenden und gegen die Schnellschüsse aus dem Kultusministerium zu intervenieren.“

Brigitte Schumann: „Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der gymnasialen Oberstufe – im Landtag, mit den Betroffenen in den Schulen und den Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Wir brauchen für diese Diskussion alle vorhandenen Unterlagen, auch das Gutachten von Professor Dr. Huber. Auch die Bildungskommission beim Ministerpräsidenten sollte sich beteiligen. Denn sonst ist die Frage, was diese Kommission eigentlich wert ist, wenn sie von entscheidenden Fragen der Bildungsdiskussion ausgeschlossen ist.“

Landesreserveliste der Grünen für die Landtagswahl 1995

Mit Fraktionssprecherin Bärbel Höhn (Oberhausen) und dem Parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Michael Vesper (Bielefeld) gehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die nordrhein-westfälische Landtagswahl 1995. Bei einer Landesdelegiertenkonferenz in Recklinghausen wurden die Plätze drei bis acht ferner mit den Landtagsabgeordneten Gisela Nacken (Aachen), Daniel Kreutz (Köln), Marianne Hürten (Köln), Roland Appel (Bonn), Brigitte Schumann (Mülheim a. d. Ruhr) und Gerd Mai (Heinsberg) besetzt. An zehnter und elfter Stelle folgen Dr. Manfred Busch (Düsseldorf) sowie Dr. Katrin Grüber (Wuppertal). Die Grüne-Landesreserveliste faßt bis zum Listenplatz 17. Auf dem Landesparteitag in Unna vom 20. bis 21. Januar 1995 sollen Kandidaten für weitere Listenplätze gewählt werden.

Dr. Klaus Heugel (SPD) ist als Nachfolger für den in den Bundestag gewechselten SPD-Abgeordneten **Volkmar Schultz** als ordentliches Mitglied in den ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung gewählt worden. Der Landtag bestimmte ferner **Wolfram Kuschke** (SPD) für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten **Ernst-Otto Stüber** sowie **Gerhard Jacobs** (CDU) als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten **Heinrich Dreyer** als stellvertretende Mitglieder. Der Nachwahl lag ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD und CDU zugrunde. Bei einer weiteren Nachwahl ist **Klaus Heugel** ebenfalls für **Volkmar Schultz** als stellvertretendes Mitglied für das Kontrollgremium gemäß Paragraph 8 des Verfassungsschutzgesetzes gewählt worden.

★

Thomas Wilhelm, Ausschußassistent, ist zum Vertrauensmann der Schwerbehinderten in der Landtagsverwaltung gewählt worden. Erster Stellvertreter wurde Haushandwerker **Fritz Bree**, zweite Vertreterin die Dokumentarin **Ilka Heuer**. Wilhelm löste **Georg Hoffmann** ab.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebel
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303, 8842304 und 8842545, btx: *56801#, FAX 8843022

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoelch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Nein, eine Koalition mit der CDU auf Landesebene kann sie sich nicht vorstellen. Trotz der Zusammenarbeit in einigen Kommunen nach der Wahl im Oktober. Dazu seien die Unterschiede, z.B. in der Sozial- oder Asylpolitik, viel zu groß. Da gebe es doch wesentlich eher Berührungspunkte mit den Sozialdemokraten, wenngleich die SPD oft links rede und rechts handle, meint die 37jährige Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Aachen, Gisela Nacken.

Ihre Partei solle sich aber nicht zuerst über mögliche Koalitionen, sondern über eigene Inhalte, Positionen und Ideen definieren. Dann würden sich mögliche Partner von selbst ergeben, auch für die Landtagswahl im kommenden Mai.

Mit der CDU hatte sie bereits von Jugend an enge Berührung: Ihr Vater war Christdemokrat und Kommunalpolitiker. Da wurde auch am Mittagstisch über Politik gesprochen, zum Leidwesen der Mutter, und da wurden auch gemeinsam Wahlplakate für den Vater geklebt, meint Gisela Nacken. Trotz aller Differenzen in manchen Fragen habe sie damals gelernt, daß man sich engagieren muß, wenn man etwas verändern will.

In die praktische Politik kam sie über das Studium der Architektur an der TH Aachen zwischen 1976 und 1983. Die Auseinandersetzung mit Problemen der Stadtplanung etwa habe unmittelbar nach konkreten Alternativen vor Ort gedrängt. Da wurden provisorische Fahrradwege auf die Straße gepinselt oder, weil preiswerter Wohnraum fehlt, Häuser besetzt.

1983 wurde sie Mitglied der Grünen, drei Jahre später Sprecherin der Partei in Aachen — und das ist sie bis heute. Gisela Nacken wollte sich auf die Parteiarbeit konzentrieren und ging deshalb nicht in das Stadtparlament, obwohl ihre Partei seit 1984 im Aachener Rat vertreten ist.

Während die Grünen bundes- und auch landesweit teilweise dramatische Flügelkämpfe bestehen mußten, sei die Situation in Aachen vergleichsweise idyllisch gewesen: Es habe keine nennenswerte Polarisierung innerhalb der Partei und auch keine zwischen der Partei und ihren Vertretern im kommunalen Parlament gegeben, sagt Gisela Nacken. Vermutlich weil der politische Kurs vor Ort seit jeher von den Praktikern geprägt worden sei. Gisela Nacken gilt in ihrer Partei als klassische Vertreterin dieser Strömung, als „Reale“ eben. Doch mit solchen Schlagworten kann sie nicht viel anfangen.

Sie teile den Politikansatz von Antje Vollmer und Christa Nickels, die auch so etwas wie Vorbilder für sie seien, meint Gisela Nacken. Das heiße, sich nicht in Schablonen drängen lassen, mit allen reden — auch quer zu den politischen Lagern. Von 1984 bis 1990 war die Aachenerin stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland. Daß sie sich auch hier schwerpunktmäßig um die Bereiche Bauen und Wohnen kümmerte, lag nahe, zumal sie zwischenzeitlich als freiberufliche Architektin einiges an praktischer Berufserfahrung sammeln konnte.

1987 wurde Gisela Nacken Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion, blieb es bis 1990, als sie in den nordrhein-westfälischen Landtag einzog.



Gisela Nacken (GRÜNE)

Was sie an dieser neuen Aufgabe besonders gereizt habe, sei die Verknüpfung von Wohnen und Verkehr gewesen — und die Tatsache, daß das Land hier konkrete Handlungsspielräume habe. Die parlamentarischen Abläufe und Spielregeln kannte sie aus ihrer Bonner Zeit, das war sicherlich ein Vorteil.

Als Mitglied im Verkehrsausschuß mußte sie allerdings feststellen, daß dieser Politikbereich nach wie vor eine Männerdomäne ist. Zu lange habe man sich hier mit rein technischen Fragen beschäftigt und erst spät erkannt, daß Verkehrs- auch Gesellschaftspolitik sei.

Immerhin sei es gelungen, nach einer intensiven öffentlichen Diskussion und in dieser Legislaturperiode, landesweit, bis auf wenige Ausnahmen, das Semester-Ticket für Studierende einzuführen. Ein Erfolg auch für die Umwelt, sagt Gisela Nacken nicht ohne Stolz. Zähneknirschend räumt sie ein, daß eine der wenigen Ausnahmen ausgerechnet Aachen sei.

Um ihren Politikansatz bei den Grünen auch landesweit deutlicher zu machen, kandidierte Gisela Nacken beim Landesparteitag der Grünen gegen die „Linke“ Bärbel Höhn um Platz eins der Landesliste für die Wahl im kommenden Mai — und sie unterlag deutlich. Im nächsten Landtag wird sie dennoch vertreten sein, wenn die Grünen den Sprung erneut schaffen. Daran hat Gisela Nacken natürlich überhaupt keine Zweifel. Ihr weiteres Engagement in Düsseldorf ist allerdings gar nicht so „normal“, wie es auf den ersten Blick scheint. Schließlich hat sie während der Legislaturperiode zwei Kinder zur Welt gebracht. Für deren Erziehung wird auch weiterhin in erster Linie der Vater zuständig sein. Aber der hat vollstes Verständnis für die politischen Ambitionen seiner Partnerin, immerhin ist Reiner Priggen selbst Sprecher der nordrhein-westfälischen Grünen. Und der jüngste ihrer beiden Söhne darf Gisela Nacken ohnehin bis auf weiteres nach Düsseldorf begleiten — und so auch Parlamentsluft schnuppern, er ist mal gerade vier Monate alt und wird noch gestillt. Raif Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 21. Dezember 1994 bis 17. Januar 1995

21. 12. **Dr. Andreas Lorenz** (CDU), 57 J.
 21. 12. **Gerhard Wirth** (SPD), 43 J.
 22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 47 J.
 22. 12. **Josef Wilp** (CDU), 56 J.
 24. 12. **Hans Frey** (SPD), 45 J.
 25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 51 J.
 28. 12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 53 J.
 28. 12. **Karl van Hall** (CDU), 68 J.
 28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 52 J.
 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 53 J.
 30. 12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 57 J.
 30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 64 J.
 31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 54 J.
5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 41 J.
 6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 60 J.
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 63 J.
 13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 59 J.
 13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 50 J.
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 55 J.
 14. 1. **Dr. Reiner Klimke** (CDU), 59 J.
 16. 1. **Dr. h. c. Johannes Rau** (SPD), 64 J.
 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 63 J.
 17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 45 J.

★

Birgit Fischer (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, ist für den ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten **Volkmar Schultz** als Beisitzerin für den Landeswahlausschuß gewählt worden. Stellvertretender Beisitzer wurde auf Vorschlag der SPD-Fraktion **Wolfram Kuschke** (SPD) für den ausgeschiedenen Abgeordneten **Ernst-Otto Stüber**, der als Oberbürgermeister nach Bochum gewechselt ist.

★

Hannelore Brüning (CDU), Landtagsabgeordnete aus Neuenkirchen, ist als Nachfolgerin des bisherigen Vorsitzenden **Hartmut Schauerte** vom Diskussionskreis Mittelstand der CDU-Landtagsfraktion an dessen Spitze gewählt worden. Frau Brüning gehört dem Landtag seit 1990 an und ist Mitinhaberin eines Handwerksbetriebes. Die vorzeitige Wahl war erforderlich, weil der Politiker Schauerte am 16. Oktober in den Bundestag gewählt worden war. Aus diesem Grunde hatte er zum 2. Dezember sein Landtagsmandat niedergelegt.

★

Wolfgang Jaeger (CDU), Landtagsabgeordneter, begeht am 6. Januar 1995 seinen 60. Geburtstag. Der Industriekaufmann aus Gelsenkirchen hat nach kaufmännischer Lehre und Kaufmannsgehilfenprüfung die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie besucht und ist Angestellter bei der Flachglas AG in seiner Heimatstadt. Der CDU gehört er seit 1958 an. Er war von 1959 bis 1968 Kreisvorsitzender der Jungen Union, dann Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Erle/Resser Mark und von 1983 bis 1987 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Gelsenkirchen. Er gehört dem Landesvorstand der CDA Westfalen Lippe an und ist seit 1987 Vorsitzender des Landesverbandes des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Der Politiker war Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt und ist heute deren stellvertretender Vorsitzender. Wolfgang Jaeger gehört dem Landtag mit Unterbrechung seit 1970 an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Noch immer oder gerade in der heutigen Zeit beeindruckt von einer Botschaft, die als „frohe Botschaft“ gilt, werden viele Bürgerinnen und Bürger das Weihnachtsfest 1994 wieder als das begehen, was es nach christlicher Auffassung war, ist und sein wird: ein Fest des Glaubens, ein Fest der Liebe. Vor nun fast 2 000 Jahren wurde in einem Stall in Bethlehem das Christuskind geboren. Die Eltern hatten wohl auch aus sozialen Gründen keine bessere Unterkunft gefunden. Heute ist für viele die Lage vergleichbar. Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Verlust der Familie, Verlust der Bindungen in einer mehr oder weniger anonymen Gesellschaft schaffen ähnliche Situationen: in Obdachlosenunterkünften oder schlicht unter den Brücken. In solch einer Zeit fällt es daher vielfach schwer, der Hoffnung eine Bresche zu schlagen. Doch Tausende von Lichtern brennen, und es herrscht, anders als in Teilen der Welt, selbst Europas, Frieden. In einem geeinten Land können die Menschen auf die Suche nach Geschenken gehen und sich auch vom Einkaufsstreß auf einer öffentlichen Bank vor öffentlich illuminiertem Nadelbaum erholen, wie auf unserem Bild in Düsseldorf. Die allgemeine Krise hat sich zum Besseren gewendet, sagen die Wirtschafts- und Politologen. Prognosen können sich ändern. Die Botschaft, mit der unsere Zeitrechnung einsetzte, bleibt jenseits allen Kommerzes, aber in dessen Sprache „im Angebot“.